



SOFI

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen
an der Georg-August-Universität

Zeitenwende

Ehrenkolloquium für Michael Schumann zum 80. Geburtstag

SOFI Arbeitspapier / SOFI Working Paper
2018 - 12

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI)
an der Georg-August-Universität

Sociological Research Institute Goettingen (SOFI)

Friedländer Weg 31 | 37085 Göttingen | Germany
www.sofi.uni-goettingen.de | sofi@sofi.uni-goettingen.de
Tel.: + 49 551 522 - 050 / Fax: + 49 551 522 - 0588

Zitationshinweis | Citation:

Zeitenwende:

Ehrenkolloquium für Michael Schumann zum 80. Geburtstag

SOFI Arbeitspapier / SOFI Working Paper 2018 - 12.

Göttingen: SOFI.

© SOFI | ISSN: 1864-6999

Einführende Worte

Berthold Vogel

Wir ehren mit dieser Kolloquiumsveranstaltung den Institutsmitbegründer, den langjährigen Direktor und den aktuellen „Senior President“ Michael Schumann zu seinem 80. Geburtstag.

Dass wir für diese Ehrung das Format des Kolloquiums wählen, hat gute Gründe. Das Kolloquium ist seit Jahrzehnten eine SOFI-Institution und es ist eng mit der Person Michael Schumann verbunden. Er hat es wesentlich auf den Weg gebracht und damit dem Institut einen festen Ort und einen regelmäßigen Anlass gegeben, sich seiner selbst zu versichern. Das Kolloquium war und ist für das SOFI ein Prüfstand der eigenen Forschung, in dem nicht der Vortrag, die Rede vom Podest her im Mittelpunkt steht, sondern das Mittendrin von Kommentar, Kritik und Kontroverse. Und über Kommentar, Kritik und Kontroverse stiftet es Verbindungen, bisweilen auch Reibungen, zwischen Personen und Projekten, zwischen wissenschaftlichen Positionen und Haltungen. Im Verfahren, in den Formen und den Inhalten des SOFI-Kolloquiums spiegelt sich schließlich auch die Wissenschaftlerpersönlichkeit Michael Schumanns. Denn das Kolloquium kennt klare Spielregeln, es schont niemanden, ob Doktorand oder Direktor, und es schätzt die konstruktive und verbindliche Aussprache zu Themen, die wissenschaftlich von Relevanz und hoher Aktualität sind und die zugleich darauf verweisen, dass Soziologie im Verständnis des SOFI immer auch einen zeitdiagnostischen Anspruch stellt.

Fairness, Verbindlichkeit und wissenschaftliches wie politisches Interesse an der Sache – diese Prinzipien des Kolloquiums umreißen die Tugenden, die Haltung und das Profil des Soziologen und Sozialforschers Michael Schumann. Tugenden, ohne die ein Institut wie das SOFI wohl kaum durch die Zeiten gekommen wäre. Dieses Ehrenkolloquium ist ein ausdrücklicher und herzlicher Dank der Mitarbeiter(innen) des SOFI sowie der Institutsleitung an Michael Schumann, der sich die Gründung, Entwicklung und Zukunftsfähigkeit des Instituts zur Lebensaufgabe gemacht hat.

Das vorliegende SOFI Working-Paper dokumentiert die Kolloquiums-Veranstaltung am 19. Mai 2017 in der alten Sternwarte der Göttinger Georg-August-Universität. Grundlage des Kolloquiums war der Beitrag „Zeitenwende“, der im Frühjahr 2017 in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ erschien. Verfasser dieses Textes war das Quartett der Autoren Richard Detje, Klaus Dörre, Martin Kronauer und Michael Schumann. Wesentlicher Impulsgeber dieses Aufsatzes, der ein gutes Beispiel einer eingreifenden, auf politische Intervention zielenden Gesellschaftswissenschaft ist, war Michael Schumann. Der Text reagiert auf den neuen Autoritarismus, der die „alten“ Demokratien Westeuropas ebenso attackiert, wie er die „jungen“ demokratischen Gesellschaften Osteuropas, beispielsweise Polen und Tschechien, auf eine harte Bewährungsprobe stellt. In Europa stehen heute mehr denn je Freiheitsgewinne auf dem Spiel, die mit den historischen Daten von 1968 und 1989 verknüpft sind. Der Aufsatz begibt sich auf Ursachensuche und thematisiert die sozioökonomischen Strukturbrüche, die sich in allen europäischen Gesellschaften in neuen sozialen Klassenspaltungen spiegeln, aber auch in soziokulturellen Erfahrungen des Verlustes gesellschaftlicher Zukunft.

Im Folgenden wird die Diskussion des Kolloquiumstextes in chronologischer Reihenfolge vorgestellt. Zuerst hatte Michael Schumann einleitend und einfürend das Wort, danach

kommentierten Karin Gottschall, Dieter Sauer und Klaus Dörre. Der Kommentatorin und den Kommentatoren sei an dieser Stelle herzlich gedankt – für Ihre engagierte Teilnahme an dem SOFI-Ehrenkolloquium und ihre Bereitschaft, die Beiträge zu verschriftlichen und in Aufsatzform zu bringen.

Die Textzusammenstellung zeigt: Die Soziologie als kritische Wissenschaft, die an der Entwicklung einer offenen, demokratischen Gesellschaft Interesse hat, ist lebendig. Im 50. Jahr des Bestehens des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) e.V. ist dies eine gute Nachricht. Den Leserinnen und Lesern dieses SOFI Working-Papers wünsche ich eine anregende Lektüre.

Göttingen, Februar 2018

Inhalt

Zeitenwende – Zeit für eine Wende der Linken <i>Richard Detje, Klaus Dörre, Martin Kronauer und Michael Schumann</i>	1
Was die Autoren veranlasste <i>Michael Schumann</i>	7
Zeit für Perspektiverweiterungen <i>Karin Gottschall</i>	11
Rechtspopulismus – ein Indikator der Zeitenwende? <i>Dieter Sauer</i>	15
Die Systemfrage kehrt zurück! Bemerkungen zur „Zeitenwende“ samt Replik zur Kritik <i>Klaus Dörre</i>	22
Autoren(innen)verzeichnis	35

Zeitenwende – Zeit für eine Wende der Linken¹

Von Richard Detje, Klaus Dörre, Martin Kronauer und Michael Schumann

Der Brexit, die Präsidentschaft von Donald Trump in den USA und der Aufstieg nationalistischer Parteien in Europa signalisieren unabweisbar eine Zeitenwende. Der fragile, durch eine lange Periode sozialer Auseinandersetzungen erkämpfte Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie, wie er für die Nachkriegsjahrzehnte kennzeichnend war, ist zerbrochen. Hinter der Fassade der deutschen Wirtschaftsdaten ist der Zerfall der gesellschaftlichen Ordnung unübersehbar. Einst verlässliche Normen und Institutionen haben an Substanz und Legitimität eingebüßt. Wir stehen damit nicht bloß partiellen Funktionsstörungen gegenüber, sondern einer Systemkrise.

Daher wachsen Ungewissheit und Orientierungslosigkeit. Das aber macht Nationalismus und die Abwehr von „Fremden“ für viele wieder anziehend: Es sind rückwärtsge wandte Reaktionen, nachdem Zukunftsversprechen nicht einmal mehr angeboten werden. Doch das „Volk“, das die Rechte beschwört, hat es nie gegeben. Es konstituiert sich erst durch die Setzung des „Fremden“ als Feind und die Entgegensetzung von „Volk“ und politischem Establishment.

Dabei sind es vor allem Verlusterfahrungen, die den Nährboden für den Aufstieg der Nationalisten bilden. Zentral ist ein dreifacher Verlust – von Kontrolle, Perspektiven und Traditionen.

Dreierlei Verlusterfahrung: Kontrolle, Perspektiven und Traditionen

Die Bedeutung von Kontrollverlusten zeigte sich am deutlichsten im Votum für den Brexit. „Take back control“ lautete eine zentrale Parole der Austrittskampagne: Holen wir uns die Kontrolle zurück. Offene Grenzen und Freizügigkeit, Europäisierung und Globalisierung dienen als Chiffren dafür, dass die Gestaltung der sozialen Verhältnisse der politischen, sozialen und individuellen Steuerung entglitten scheint. Das betrifft zum einen die Kontrolle über die eigene soziale Reproduktion, zum anderen die Arbeit jener Institutionen, von denen man einst Problemlösungskompetenz erwartet hatte. Heute gelten sie vielen als selbstständig und entfremdet von der Bevölkerung. Entscheidend sind dabei die sozialen Verhältnisse. Kontrollierbar erschien der Kapitalismus, als er noch als eine meritokratische, über Leistung gesteuerte Ordnung galt. Doch das gegenwärtige Regime verstärkten Leistungsdrucks generiert zunehmend weniger Sicherheit, materielle Gefährdung und Statusgefährdung schieben sich in den Vordergrund. Verschärft wird dies durch politischen Kontrollverlust. Die Wahrnehmung ist: Die eigenen Interessen werden von den „Eliten“ nicht mehr vertreten, man fühlt sich immer öfter verraten und verkauft.

Trifft die Erfahrung von Kontrollverlust mit internationalen Migrationsbewegungen und ihrer Verfestigung zu immer schwerer zu bewältigenden Problemlagen zusammen, befeuert dies fremdenfeindliche Abwehrreaktionen. „Nationalismus und der Verweis auf ethnische Zugehörigkeit“, schreibt Zygmunt Bauman im Anschluss an Eric Hobsbawm, sind „ein

¹ Erstdruck erschienen in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2017, S. 97-103 (<http://www.blaetter.de>).

„Ersatz für Integrationsfaktoren in einer desintegrierenden Gesellschaft“.² Aber auch die im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik und mit Terrorakten als gefährdet wahrgenommene „öffentliche Sicherheit“ erscheint zunehmend als Kontrollverlust im Alltag und damit auch als Staatsversagen.

Eine zunehmend größere gesellschaftliche Gruppe erlebt zudem massive Perspektivverluste. Die Zukunft der Arbeit gilt unter dem Vorzeichen der radikalen, noch gänzlich unübersichtlichen Folgen der anstehenden Digitalisierung für viele als Bedrohung. Ganze Berufsgruppen und Wirtschaftszweige sehen sich in Frage gestellt. Für die ehemalige DDR beleuchtet das Beispiel der Braunkohlearbeiter in Sachsen exemplarisch eine weitere Quelle von Negativerfahrungen. Versprechen blieben leere Worte, stattdessen erlebte man die Verweigerung von Anerkennung der eigenen Lebensleistung, politische Demütigung durch materielle Schlechterstellung, gesellschaftliche Herabsetzung und soziale Kränkung.

Auch wenn sozialer Abstieg mit der Realerfahrung von Prekarität noch nicht stattgefunden hat, zeichnet sich für viele die Gefahr ab, dass die Fortschreibung der Gegenwart im Desaster münden kann. Die Quellen des Rechtspopulismus sprießen vor allem dort, wo die Gegenwart noch als bewältigbar, die Zukunft aber als bedrohlich wahrgenommen wird. Die Botschaft des Kapitalismus beinhaltete ein Aufstiegsversprechen – wenn auch begrenzt im eigenen Leben, so doch zumindest für die nachfolgende Generation. Heute gilt die Befürchtung bei vielen: Die Kinder werden es schwieriger, wahrscheinlich schlechter haben.

Wie die Kontrollverluste haben auch die Perspektivverluste eine politische Dimension. Wer mag die „Alternativlosigkeit“ der Bankenrettung als Verteidigung des Fortschritts und der Freiheit preisen, ohne sich lächerlich zu machen?

Hinzu kommen, drittens, Traditionsverluste: Die Gegenwart wird als Zerfall oder Verflüchtigung jener stabilen Ordnungsbeziehungen wahrgenommen, die in der Vergangenheit Sicherheit versprochen: feste Familienstrukturen mit klarer geschlechtlicher Rollenordnung und Arbeitsteilung auf der Grundlage einer eindeutigen Werteordnung, nachbarschaftliche, gewachsene Beziehungen und Identitäten. Traditionsverluste haben dabei keinesfalls nur eine konservativ-regressive Dimension. Im historischen Gedächtnis sind wohlfahrtsstaatliche Erfahrungen gespeichert, die über die Jahre nicht verloren gegangen sind. In dem Maße jedoch, wie diese progressive Tradition der sozialen Einbettung von Modernisierungsprozessen im Alltag weniger zum Tragen kommt und politisch diskreditiert wurde, konnten sich anti-modernistische Stimmung ausbreiten: „Weg vom links-rot-grün-verseuchtem 68er Deutschland“ (Jörg Meuthen) wurde zum Schlachtruf der AfD.

Diese drei Verlustererfahrungen – von Kontrolle, Perspektiven und Traditionen – stellen die mentale Verarbeitung verschiedener Dimensionen der Systemkrise dar. Wer sich unmittelbar im gesellschaftlichen Elend oder doch erkennbar davon bedroht sieht, wird besonders die Kontrollverluste betonen. Perspektivverluste teilen vor allem jene, die im sozialen Gefüge oberhalb der Zonen der Prekarität und Verwundbarkeit angesiedelt sind, (noch) weniger materiell bedroht sind, aber um ihren Status und ihre Respektabilität fürchten. Hier wird auch die Kritik an den staatlich-politischen Institutionen und Akteuren prononciert vorgetragen. Die Traditionsverluste greifen zum Teil unabhängig von den objekti-

2 Zygmunt Bauman: Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin 2016, S. 64.

ven Lebens- und Arbeitsbedingungen und von der Infragestellung der Kontrollfunktionen. Hier sind alt eingespielte und immer schon geltende kulturell bestimmte mentale Vorgaben von Bedeutung. Traditionelle Werte und Normen werden reaktiviert, die Verletzung gesellschaftlicher, menschenfeindlicher Tabus wird wieder hoffähig.

Der Fremde als Feind: Die nationalistische Aufladung der Verlusterfahrungen

Die politische Brisanz ergibt sich aus der gefährlichen Gemengelage, die aus der Überlagerung der verschiedenen Verlusterfahrungen entsteht. In ihr können durchaus sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche soziale Interessen koexistieren – solange es die Gemeinsamkeit der Aggression gegen die Fremden gibt, die zum Feind erklärt werden.

Frappierend ist der überproportionale Anteil von abhängig Beschäftigten aus den unteren Mittelklassen und den Arbeitermilieus unter den Unterstützern von Brexit, Trump und rechtspopulistischen Parteien. Hier greifen die verschiedenen Verlusterfahrungen ineinander: Der Verlust einer Tradition, die die Arbeitnehmerexistenz mit Anerkennung, potenzieller Macht und dem Anspruch auf gesellschaftliche Emanzipation verbunden hat, trifft auf einen Kontrollverlust durch schwindenden Einfluss der Gewerkschaften und dem Wandel der Sozialdemokratie zur Partei „der Mitte“. Dazu kommen Perspektivverluste, wo sozialer und beruflicher Aufstieg in den Zonen der Respektabilität in Frage gestellt und Anerkennung nur noch in homöopathischen Dosierungen erfahren wird, obgleich das betriebliche Leistungsregime zunehmend pathologische Züge annimmt.

Typisch war bisher als Zeichen der fortgeschrittenen Entfremdung vom politischen Feld die wachsende politische Apathie etwa durch die Wahlenthaltung. Die neuere Zuspitzung und Verschärfung der Negativ-Betroffenheit öffnete nun den Raum für den Rechtspopulismus. Durch sein Angebot an Schuldigen (die Fremden, die Hinzugekommenen, die Flüchtlinge) kann er eine scheinbar überzeugende politische Lösungsperspektive offerieren. Abwehr von Konkurrenz und die Umverteilung staatlicher Zuwendung spielen dabei eine wichtige Rolle.

Dabei gilt: Für die Adressierung von Verlusterfahrungen und Ängsten sind nicht bestimmte soziale Gruppen ausschließlich prädestiniert. Anfang des Jahrzehnts waren es in Deutschland Langzeitarbeitslose, im heutigen Großbritannien sind es vor allem Migrantinnen aus Polen, in den USA die Hispanics. Prinzipiell ist Adressierung auf alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit möglich. Die ausgrenzende Zuschreibung erfolgt situativ, sie ist eine historische Fundsache.

Derzeit wird vor allem die Fremdenfeindlichkeit zur Krücke des angeschlagenen Selbstwertgefühls. Nicht mehr zwischen „Oben“ und „Unten“, sondern zwischen „Innen“ und „Außen“ wird die Trennlinie gezogen. In der Frontstellung „Wir“ gegen „die anderen“ werden Ängste gegen „das Fremde“ mobilisiert. Denn Migration erinnert „auf irritierende, ärgerliche und erschreckende Weise an die (unheilbare?) Verwundbarkeit unserer eigenen Stellung und an die endemische Zerbrechlichkeit unseres hart erarbeiteten Wohlstands.“³ Mit dem Wohlstand hat man noch mehr zu verlieren: Status und Respektabilität. Hier läßt sich das Ressentiment mit gleichsam kultureller, ethnischer, religiöser Überlegenheit auf und wird „völkisch“ konnotiert.

3 a.a.O., S. 21.

Was ist daran neu?

Kontroll-, Perspektiv- und Traditionsverluste sind somit keineswegs neue, sondern gut bekannte Erfahrungen im Kapitalismus, also in einem die Produktivkräfte revolutionierenden und die Lebensweisen umwälzenden System. Allerdings wurden nach dem Zweiten Weltkrieg politische Kompromisse durchsetzbar, die soziale Sicherheiten ermöglichten. Solange die Fahrstühle des sozialen Aufstiegs für alle nach oben führten – wenn auch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und in niedere und höhere Stockwerke –, waren Verlustängste keine das Alltagsleben prägende Erfahrung. Doch unter der Herrschaft der Finanzialisierung exkludiert der Kapitalismus mehr als er integriert. Der Kreis der Modernisierungsgewinner wird enger, Verwundungen und Ausgrenzungen häufen sich. Die als historische Akteur für tot erklärte Arbeiterschaft kehrt plötzlich wieder ins Rampenlicht der Aufmerksamkeit zurück, seitdem sich aus ihr Protestwähler der Rechten rekrutieren.

Gewiss, die Modernisierung der vergangenen Jahrzehnte hat durchaus auch Verbesserungen ermöglicht: Qualifizierung, Kompetenzgewinn, Subjektivierung stehen für das Versprechen von Autonomiezugewinn in den Arbeitsprozessen. Einkommenszuwächse haben über eine lange Phase reale Lebensverbesserungen ermöglicht. Neu ist aber, dass das Wohlstandsversprechen für zunehmend größere Gruppen nicht mehr eingelöst wird. Und die für das Mitspielen zentrale Ressource des Neoliberalismus, das Autonomieversprechen im Arbeitsprozess, generiert Attraktivität in abnehmendem Maße. Selbststeuerungsdruck einerseits und Erosion von Sicherheit andererseits erinnern auf neue Weise an jene „Sandwich-Men“ der 1920er Jahre, auf deren umgehängten Plakaten zu lesen war: „Das Ende der Welt, wie wir sie kennen, ist nah“.

Gegen die Verlusterfahrungen – Zeit für eine Wende der Linken

In dieser kritischen Situation kommt es darauf an, dass die Linke überzeugende Alternativen vertritt – gerade mit Blick auf die genannten Verlusterfahrungen. Entscheidend ist, dass sich Gegenkräfte formieren, die in der Lage sind, die Systemkrise zu thematisieren, Rechenschaft über das abzulegen, was wir die „Zeitenwende“ genannt haben, über die Gründe für den Vormarsch rechtspopulistischer Kräfte auf dem Boden der Erosion sozialen Zusammenhalts und gesellschaftlicher Spaltungen, den der Neoliberalismus bereitet hat. Dabei kommt es nicht in erster Linie auf das politische Personal, sondern vielmehr auf die von diesem vertretenen Inhalte an.

Gegen den Kontrollverlust gilt es, politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und die demokratische Kontrollen von Grund auf zu stärken. Die Rede von der „Alternativlosigkeit“ bei der Bankenrettung bedeutete seinerzeit die offene Bankrotterklärung der Politik und erhob den Kontrollverlust zur Staatsdoktrin. Denn Politik besteht in der Fähigkeit, Alternativen zum Bestehenden zu eröffnen.

Absehbar ist der reflexhafte Verweis auf die bestehenden Kräfteverhältnisse, die „Alternativlosigkeit“ geltender Marktgesetze, um jede Debatte über demokratische Kontrollen im Keim zu ersticken. Gerade die stillschweigende Übereinkunft in den „Kräfteverhältnissen“ hat die Misere der Demokratie verursacht. Wie soll aus der herauszukommen sein, wenn keine Alternativen gedacht werden und niemand für sie streitet?

Politisch zu handeln, neue Ziele zu setzen und Alternativen zu eröffnen, muss vor allem auf reale Demokratiegewinne abzielen. Nur so kann der Erfahrung von Kontrollverlust und

ihrer antidemokratischen Ausbeutung entgegengewirkt werden. Die Stärkung demokratischer Kontrollen von Grund auf beginnt bereits am Arbeitsplatz und im Unternehmen. Gleichzeitig muss sie darüber hinausgehen: Finanzmarktkrise, die Börsenmanipulation von Banken, Steuerbetrug, Korruptionsaffären und Gesetzesbrüche in der Industrie gingen alle zu Lasten der Gesellschaft. Daher darf die demokratische Kontrolle von Kapitaleigentum nicht mehr tabu sein. Die bisherigen Ansätze für Unternehmensmitbestimmung bleiben selbst dort, wo damit Landgewinne für die Beschäftigten erreicht werden konnten, durch die einzuhaltenden Systemvorgaben marginal. Und sie verführte zur Kollaboration, wie das Beispiel des VW-Skandals erschreckend deutlich zeigt – die Akteure von Staat und Gewerkschaft eingeschlossen.

Um dem Perspektivverlust wirksam zu begegnen, muss die Lebensqualität in der Gesellschaft erhöht werden. Es gilt, die demokratischen Integrationsfaktoren und ihre sozialen Grundlagen institutionell zu stärken. Soziale Rechte, die vor den Folgen von Marktabhängigkeit schützen, gehören wesentlich dazu. Sie wurden Schritt für Schritt eingeschränkt, insbesondere seit der Jahrtausendwende, und seitdem wird Sozialpolitik mehr und mehr zur Flickschusterei, die die Folgen ihres eigenen Handelns nachträglich wieder einzufangen sucht (Beispiel: die Förderung des Niedriglohnsektors und die anschließende Wendung zum Mindestlohn). Sozialpolitik soll heute als „soziale Investition“ verstanden werden, nicht mehr als Gewährleistung unverbrüchlicher Schutzrechte vor dem Markt. Gerade für diese aber gilt es erneut zu kämpfen, sie auch auf neue Weise zu gestalten, um der wachsenden Vielfalt von Lebensumständen und Lebensentwürfen gerecht zu werden. Aber als Rechte sind sie allemal zu verankern und zu stärken, auf den Sand wohlwollenden Entgegenkommens von Unternehmensseite („corporate social responsibility“) ist nicht zu bauen.

Die Alternative zum Traditionsverlust wiederum besteht in der Rückgewinnung der Einheit der zentralen Arbeitnehmergruppen für den Kampf um gesellschaftliche Emanzipation. Die nationalistische Rechte sucht die Vereinheitlichung ihres heterogenen Klientels in der „Volksgemeinschaft“. Damit führt sie einen Kulturkampf gegen die Gleichstellung der Geschlechter, die Anerkennung von Vielfalt in den Lebensorientierungen, den Schutz vor Diskriminierung, kurz: gegen individuelle Selbstbestimmung. Ihre Politik zielt darauf ab, den traditionellen Ansprüchen der Arbeitnehmer auf gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung und dem Gefühl, gesellschaftlich zu kurz zu kommen, in einem neuen völkischen Solidarverständnis Gehör zu verschaffen. Dieses demagogische Vereinnahmungsmanöver gilt es zu konterkarieren. Für die (Re-)Aktivierung eines eigenen, selbstbewussten, Ansprüche stellenden, solidarischen Bewusstseins der Arbeitnehmer ist an Klassenerfahrungen anzuknüpfen. Es geht um die Neubestimmung der gesellschaftlichen Rolle, mit dem Anspruch, die Objektstellung zu überwinden, den Kampf für die eigenen Interessen zu kombinieren mit dem für eine bessere Gesellschaft.

Die Stärkung individueller Rechte ist für Linke unverzichtbar. Aber sie muss durch die Stärkung sozialer Rechte flankiert werden. Denn auch die Ressourcen sozialer Toleranz sind sozialstrukturell ungleich verteilt. Ein gelassener Umgang mit sozialer Vielfalt setzt eigene Sicherheiten und bei Bedarf Rückzugsmöglichkeiten voraus. Das hat nicht nur mentale, sondern auch materielle Voraussetzungen.

Gesucht wird eine neue linke Erzählung

Die bestehende gesellschaftliche Ordnung integriert nicht mehr – sie grenzt immer weiter aus und eröffnet damit immer mehr Spielräume für antidemokratische Kräfte. Im Fortschreiben des Bestehenden sind keinerlei wünschenswerte Zukunftsperspektiven mehr zu entdecken. Damit ist gleichermaßen die Dringlichkeit einer tragfähigen politischen Antwort wie die dabei geforderte Grundsätzlichkeit der notwendigen Lösung signalisiert. Die Zeitenwende erfordert einen Systemwandel, also eine neue Gesellschaftsagenda.

Sprechen wir es deutlich aus: Die für den gesellschaftspolitischen Diskurs lange bestimmende Alternativlosigkeit des Systems kann nicht mehr gelten. Das aber bedeutet, die für Jahrzehnte zurückgestellte Grundsatzkritik an der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft wieder aufzugreifen.

Das sollte einerseits heute leicht fallen, weil das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsprojekt seine Versprechen nicht erfüllen konnte, an Legitimation verliert und in seinen Negativfolgen längst den Bestand von Gesellschaft und Umwelt gefährdet.

Andererseits aber fällt derartige Grundsatzkritik heute so schwer, weil das Projekt des Sozialismus, wie es im 20. Jahrhundert umzusetzen versucht wurde, gescheitert ist. Das schließt auch die sozialdemokratische Tradition eines demokratischen Sozialismus ein, trotz Bernie Sanders erfolgreicher Mobilisierung mit diesem Begriff.

Wenn heute über grundlegende Strukturveränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft nachzudenken ist, wird wohl keiner ein schlüssiges Programm aus der Tasche ziehen können. Umso wichtiger ist, was Oskar Negt nicht müde wird zu betonen: Eine funktionierende Demokratie erfordert ein gesellschaftliches Lern- und Emanzipationsprogramm. Es gründet auf der Wahl zwischen alternativen Entwicklungsphasen und Machtressourcen, um diese auch beschreiten zu können. Die Entwicklungspotenziale repräsentativer Parteidemokratie sind erschöpft. Auch hier sind Neuansätze dringend erforderlich, deren entscheidende Qualität darin bestehen muss, dass sie „von unten“ her erfolgen müssen.

Keine Frage, die aktuelle Zeitenwende markiert eine extrem gefährliche und höchst instabile Situation – aber damit auch die Chance zu einer offenen, nicht-determinierten, alternativen Zukunft. Die Debatte und Verständigung über eine neue linke Erzählung könnte Perspektiven öffnen. Wenn man so will eine Utopie, die nicht das ganz Andere an fernen Horizonten sucht, sondern Befreiung aus Unmündigkeit ermöglicht.

Was die Autoren veranlasste

Michael Schumann

Ich freue mich, dass wir anlässlich meines 80. Geburtstags die Gelegenheit nutzen, im Forschungskolloquium über das Thema des neu aufgetretenen Rechtsradikalismus zu diskutieren. Zur Einordnung und Erklärung dieses Phänomens können wir in der Tradition unserer industriesoziologischen Bewusstseinsforschung eigenständige Beiträge leisten, die über die Befunde der Politikwissenschaft hinausgehen.

In diesem Sinne möchte ich drei inhaltliche Vorbemerkungen machen.

1. Absichten des Textes

Vorab ist zu betonen: Wir sprechen hier über keinen wissenschaftlichen Text. Wir haben uns um eine Zeitdiagnose bemüht und auf wissenschaftliche Belege und Beweisführungen verzichtet. Wir wollten eine politische Debatte anstoßen. Engagiert, aber ohne Anmaßung: Wer sind wir, dass wir der Linken etwas ins Stammbuch zu schreiben hätten!

Der Text soll Ansatzpunkte ausloten, wie auf die Herausforderung der AfD-Erfolge reagiert werden könnte. Oskar Negt formuliert auf allgemeiner Ebene, was uns herausfordert hat: „Wir dürfen nicht warten, bis das Gemeinwesen verrottet ist und die moralische Verkrüppelung der Herrschaftseliten ein gesellschaftliches Betriebsklima geschaffen hat, das die Mühe um Anstand und politische Urteilskraft immer beschwerlicher und vielfach auch aussichtslos werden lässt.“

Das Erstarken der Rechtsradikalen gilt uns als Zeichen dafür, dass die neoliberal inszenierte Rücknahme des Klassenkompromisses nicht ohne Folgen bleibt. Sie bewirkt soziale Pathologien und gesellschaftliche Instabilität, die letztlich in Delegitimierung des Systems münden. Dabei verstärken sich nationale und internationale Erfahrungen: Trump und Le Pen, Globalisierung und Digitalisierung, Ausbildungsunsicherheiten und Migrationsherausforderungen.

Auch wenn die aktuellen Wirtschaftsdaten für Deutschland günstig aussehen und die Umfragen ein allgemeines Hoch der Zufriedenheit ausweisen: Die Selbstdarstellung der deutschen Erfolgsökonomie ignoriert die gleichzeitig sich zuspitzenden Misere von Lebenslagen. Die Zufriedenheitsquoten sollten uns nicht täuschen: Dahinter verbirgt sich viel resignativer Verzicht auf Kritik und schlichtes klein begeben. Für viele heißt es nicht mehr als: Man hat sich eingerichtet und Erwartungen von Besserem aufgegeben.

Damit verbunden ist eine weitere Dimension, die in Establishmentkritik einen Ausdruck findet. Die offiziellen Erfolgsgeschichten über das deutsche Wettbewerbsmodell, die die arbeitsweltlichen „Kosten“ zugleich de-thematisieren, lassen die Entfremdung im gesellschaftlichen und politischen System anwachsen. Die sogenannte Repräsentanzlücke einer „sozial gespaltenen Demokratie“ hat so zunehmend systemischen Charakter. Die populistische Rechte weiß dies politisch auszubeuten.

Mit der in unserem Text beschriebenen Trias von Verlusterfahrungen versuchen wir die allgemeine Zufriedenheitsoberfläche zu hinterfragen. Es geht uns darum, genauer als die allenthalben bemühte Populismusthese es vermag, die durchaus widersprüchlichen Erklä-

rungen aufzuspüren für die Rechtsentwicklung. Der Nachweis einer noch instabilen Wähler(innen)basis der AfD mit einem sehr hohen Anteil an Proteststimmen kann kein Anlass zur Beruhigung sein. Thematisch haben die Nationalisten im politischen Diskurs schon breiten Raumgewinn erreicht.

2. Ergänzung zum „Arbeiterbewusstsein“

Die Forschungen zum Arbeiterbewusstsein haben im SOFI eine lange Tradition. In den 1960er/1970er Jahren, im Anschluss an Popitz/Bahrtdt, hießen unsere Ergebnisse: Der Industriearbeiter ist männlich und Produzent; er leistet typischerweise eine fachlich herausfordernde und körperlich anstrengende Arbeit. Ihn kennzeichnet ein exklusives Kollektibewusstsein, das für Leistung, Stolz und Selbstbewusstsein steht. Seine Forderung an Politik und Interessenvertretung lautet: eine betriebliche und auch gesellschaftliche Stellung entsprechend diesem Leistungsbeitrag: humane Arbeitsbedingungen, angemessene Anerkennung der kollektiven Leistung.

Damit waren die Industriearbeiter klar abgegrenzt von den Angestellten. Deren gesellschaftlich-politisches Denken wurde mit der Kategorie der „Angestelltenmentalität“ gekennzeichnet – in ausdrücklicher Abgrenzung vom Arbeiterbewusstsein. Für die Angestellten war ein individuelles Leistungsverständnis typisch. Ihre Weiterkommens- und Aufstiegserwartungen verstanden sie ausdrücklich in Konkurrenz mit anderen. „Fordern und Fördern“ war eine passgenaue Formel für diese individuelle Perspektive.

Diese Gegenüberstellung von „Arbeiterbewusstsein“ und „Angestelltenmentalität“ musste ab den 1970er/80er Jahren aufgegeben werden. Viele nivellierende und differenzierende Veränderungen haben stattgefunden; neben neuen Rationalisierungszugriffen auch eine weitgehende Einebnung der arbeits- und sozialrechtlichen Unterschiede. Für die gesellschaftliche Verortung sind übergreifende Wohlstands-, Aufstiegs- und Absicherungserfahrungen wichtig. Begrifflich reagierte die Forschung darauf mit der übergeordneten Kategorie der „Arbeitnehmer“ oder der „lohnabhängig Beschäftigten“. Für das politische und gesellschaftliche Denken wird seitdem vom „Arbeitnehmerbewusstsein“ gesprochen.

Zurück zu unserem Thema: Im Zusammenhang mit dem Rechtsradikalismus wird nicht nur für Trump und Le Pen, sondern auch für die AfD auf beachtliche Erfolge bei Industriearbeitern verwiesen. In unserem Artikel geben wir dafür als Erklärung deren Wunsch nach Sicherheit und kollektiver Identität an. Wir sprechen von der Suche nach einem Ersatz der verloren gegangenen kollektiven Heimat und über die Bemühung der AfD, diese Gefühle und Wünsche politisch für sich zu vereinnahmen.

Ich möchte dazu ergänzend betonen: Um das aktuelle politische Verhalten der Industriearbeiter zu verstehen, ist auf die über Jahrzehnte fortwirkende Prägekraft ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Traditionen zu verweisen. Hier gewinnen unsere alten industriesoziologischen Befunde neues Gewicht. Zumindest Teilgruppen der Industriearbeiter haben durch die industrielle Entwicklung und die aktuelle digitale Drohkulisse viel verloren, was ihren Stolz, ihr Selbstbewusstsein und ihre Menschenwürde prägte, was ihr kollektives Selbstverständnis begründete und ihr Bedürfnis gleichermaßen nach Schutzraum wie kollektiver Identität.

Und hinsichtlich ihres Anspruchs an die politischen Organisationen und die Gesellschaft insgesamt war die Sehnsucht nach kollektiver Anerkennung und die Forderung nach mehr Einfluss auf Staat und Gesellschaft bestimmend. Man könnte auch sagen: Es geht um das

Einklagen des nie erreichten Bürgerstatus und um eine humanere Gesamtgesellschaft. Nicht die individuelle Aufstiegshoffnung – typisch für das Gros der Angestellten – sondern die kollektive Lösung bestimmt ihre Erwartungshorizonte. Vor diesem Hintergrund scheinen viele Industriearbeiter bereit zu sein, auch die Kröte eines nationalistischen Politikangebots zu schlucken auf der Suche nach Perspektive für das Kollektiv. Man nimmt dann in Kauf, dass sich kollegiale Solidarität in eine völkische wandelt.

Jeder Schritt in diese Richtung untergräbt die soziale Basis der Gewerkschaften. Noch sind sie es im Unterschied zu den etablierten politischen Parteien, an die die Erwartungen von Lohnabhängigen – auch unorganisierter - adressiert werden. Aber wie die überdurchschnittlichen Wahlergebnisse der AfD unter Gewerkschaftsmitgliedern zeigen, findet hier ein besorgniserregender Erosionsprozess statt. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, selbstkritisch zu hinterfragen, weshalb und wo ihr Kollektivangebot nicht mehr überzeugt.

Das hieße für die weitere politische Arbeit: Um die Fraktion der Industriearbeiter zu erreichen reicht es nicht, sie bei ihrer zivilgesellschaftlichen Verantwortung zu packen. Auch der Appell an die humanen Traditionen der Arbeiterbewegung wird nicht die gewünschte Wirkung zeigen. Ins Zentrum müssen vielmehr die Konditionen der Arbeitsgesellschaft gestellt werden, ihre berufliche und gesellschaftliche Verankerung.

3. Korrektur zum vorgelegten Text

In unserem gemeinsamen Text ist die Rede von der Notwendigkeit einer „neuen linken Erzählung“. Hier möchte ich, ohne Absprache mit den Mitautoren, den Akzent verändern. Die eingeforderte „neue Erzählung“ ist in Gefahr, eine alte Geschlossenheit der Gesamtklasse der Lohnarbeiter zu beschwören, die es nie gab und die auch nicht herzustellen sein wird. Eine hegemoniale Fraktion, die die benannte Zerfaserung der Gesamtheit in eine schlüssige Struktur und eine überzeugende politische Perspektive zu bündeln vermöchte, ist nichts, was aus der sozialen Realität erwachsen könnte. Selbst der kleinste gemeinsame Nenner: Kampf um gerechten Lohn, gute Arbeit und soziale Absicherung, konkretisiert sich für die einzelnen Fraktionen sehr different. „Zentrumslosigkeit“ (Eberhard Fehrmann) kennzeichnet heute die Gesamtheit der Lohnabhängigen. Ihre hegemoniale Kraft dürfte damit verloren sein.

Die Arbeit an einer einheitstiftenden neuen Erzählung für die Gesamtheit unterschätzt die Pluralität der Lebens- und Arbeitslagen der Arbeitnehmer. Mir leuchtet die Position von Didier Eribon ein: „Die Formen der Herrschaft sind vielfältig, und deshalb müssen es die Formen des Widerstandes auch sein. Die Politik besteht immer aus Ungleichzeitigkeiten und heterogenen Entwicklungen. Wer die Zeitlichkeit der Politik vereinheitlichen will, schränkt das Feld der Mobilisationen ein und zensiert die dort sich äußernden Stimmen. Man muss an den Mai 1968 in Frankreich zurückdenken: 10 Millionen streikende Arbeiter, eine starke feministische Bewegung, der Kampf der Einwanderer, die Kritik am Justiz- und Gefängnisssystem usw. All diese Dinge zusammen sind die Linke“ (FAZ vom 16.04.2017).

Die Suche nach *der* neuen Erzählung könnte in die Irre führen. Die Arbeit an unterschiedlichen Erzählungen, je nach Situationen, Erfahrungen und konkreten Handlungsperspektiven, könnte realistischere Perspektiven eröffnen.

Dass man es dabei auch mit neuen Herausforderungen zu tun hat, macht die Arbeit komplexer. Identitätspolitik sei, so heißt es verschiedentlich, an die Stelle antiquierter

Klassenpolitik getreten. Während der Klassengegensatz entschärft sei, würden Identitätsfragen – Ethnie, Geschlecht und Sexualität, Glaube und Alltagskultur – zunehmend ins Zentrum gesellschaftlicher Distinktion treten. Wir halten die polare Entgegensetzung für falsch. Es wäre ein lohnenswertes Forschungsfeld, Zusammenhängen und Differenzen zwischen Klasse und Identität nachzugehen. Doch auch dies unterstreicht: Es sind unterschiedliche Erzählungen, die projektstiftend sein können.

Zukunftserwartungen, die sich bündeln lassen in einer „Utopie, die nicht das ganz andere an fernen Horizonten sucht, sondern Befreiung aus wachsender Unmündigkeit heute“. Diese Einzelerzählungen gewinnen an Kraft, wenn sie die Pluralität der Perspektiven in Stärke umzusetzen vermögen.

Zeit für Perspektiverweiterungen

Karin Gottschall

Der Beitrag legt angesichts wachsender autokratischer und rechtspopulistischer Kräfte in Europa und den USA eine Krisendiagnose zum Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie vor und sucht daraus Schlussfolgerungen für linke Politik zu ziehen. Auch wenn diese Gegenwartsdiagnose von vielen, auch von mir, in den Grundzügen geteilt wird, so scheint sie mir doch zugleich im Rahmen zu eng bzw. traditionell und durch einige *blind spots* geprägt, sodass das Potenzial für eine kritische, auch empirisch gesättigte sozialwissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen Verfassung westlicher Gesellschaften nicht voll ausgeschöpft wird. Im Folgenden möchte ich einige dieser Verengungen – bezogen auf den Klassenbegriff, das Verständnis von Arbeit und von Kapitalismus – benennen und zugleich auch damit einhergehenden Herausforderungen nicht nur für linke Politik, sondern auch sozialwissenschaftliche Forschung ansprechen. Und es wird Euch/Sie nicht verwundern, dass dies aus einer Perspektive geschieht, die soziologisch und sozialpolitisch wie auch feministisch inspiriert ist.

Probleme der Gegenwartsdiagnose

Zunächst zur klassengebundenen Krisendiagnostik. Der Begriff der Zeitenwende zielt auf eine nicht nur partielle Funktionsstörung, sondern eine systemische Krise des Kapitalismus, inhaltlich unterfüttert durch die Identifikation von komplexen Verlusterfahrungen der Lohnabhängigen und deren nationalistischer Aufladung. In der zeithistorischen Einschätzung gilt diese Krise insofern als neu, als sie Ausdruck der Infragestellung eines Klassenkompromisses ist, der in westlichen kapitalistischen Gesellschaften und insbesondere in Deutschland durch ökonomische Prosperität und Sozialstaatsexpansion in der Nachkriegsära erreicht wurde. Dem ist nicht zu widersprechen; aber zwei Aspekte möchte ich hinzufügen bzw. stärker akzentuieren, als dies in dem Beitrag der Fall ist.

Erstens, dass diese Systemkrise, die sich ja eher schleichend als ‚*Involution*‘, d.h. *Rückbildung in kleinen Schritten*, als Schwächung von etablierten Institutionen und Normen, denn als *Revolution* entwickelt, nicht einfach durch eine Verschärfung von Klassengegensätzen im Sinn wachsender sozialer Ungleichheit gekennzeichnet ist. Zu diagnostizieren ist vielmehr zugleich eine *Überlagerung verschiedenartiger, in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ‚alter‘ und ‚neuer‘ Ungleichheiten*, die sich soziologisch wie auch gesellschaftspolitisch anschlussfähig eher mit den von Castel analysierten Zonen von Exklusion, Gefährdung und Integration verstehen lassen als mit traditionellen Klassenkategorien (Castel 2011).

Zweitens und damit zusammenhängend ist die aktuelle Krisensituation in Deutschland und weiteren europäischen Ländern eben nicht nur durch den Abbau von sozialen Sicherheiten und Erosion von Institutionen gekennzeichnet, sondern *auch die Ausweitung von politischen, bürgerlichen und sozialen Rechten für Frauen und weitere Gruppen, die noch bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts diskriminiert wurden*. Diese Entwicklung taucht in dem Beitrag allenfalls als Verweis auf „eine progressive Tradition der sozialen Einbettung von Modernisierungsprozessen im Alltag auf“. Sie ist m.E. jedoch bedeutsam, weil diese Entwicklung, verbunden mit der Wohlstands- und Wohlfahrtsindividualisierung, für weite Bevölkerungsgruppen Potenziale und reale Möglichkeiten der Selbst-

bestimmung mit sich gebracht hat, die als inkorporierte Ansprüche an eine eigenständige Lebensgestaltung für die Mehrheit der Bevölkerung eben nicht mehr ohne weiteres zur Disposition gestellt werden können.

Eine angemessene Krisendiagnose sollte daher m.E. nicht nur die von Martin Kronauer an anderer Stelle treffend analysierte Vereinnahmung der Vorstellung von ‚Freiheit und Selbstbestimmung‘ durch neoliberale Paradigmen in den Blick nehmen (Kronauer 2014), sondern auch die objektive Widersprüchlichkeit kapitalistischer und demokratischer Entwicklung im Westen, die Freiheits- und Gleichstellungsgewinne nicht nur für spezifische (in orthodox linker Rhetorik lange als marginal eingestufte und gar ausgegrenzte) Gruppen wie Homosexuelle, ethnische Minderheiten realisiert hat, sondern auch für Frauen als die Hälfte der Bevölkerung und damit auch breiten Bevölkerungsschichten auf das ‚ganze Leben‘ einschließlich Partnerschaft und Familie und den Lebenslauf bezogene Partizipations- und Gestaltungsgewinne.

In kritischer soziologischer Perspektive – und hier beziehe ich mich für Deutschland auf die seit den 1980er Jahren vorgelegten theoretischen und empirischen Arbeiten von Regina Becker-Schmidt und Gudrun Axeli Knapp, für die USA auf die luziden arbeitssoziologischen und gesellschaftsdiagnostischen Studien von Arlie Hochschild – in dieser Perspektive also, ist davon auszugehen, dass auch unter postfordistischen Bedingungen in der alltäglichen sozialen Praxis der Gesellschaftsmitglieder *Entfremdung und Selbstbestimmung als Ambivalenz* präsent sind, es mithin auch jenseits von Verlusterfahrungen Handlungspotenziale gibt, die es sozialwissenschaftlich aufzuklären und politisch zu aktivieren gilt (vgl. u.a. Becker-Schmidt et al. 1984; Knapp 1990; Hochschild 2002, 2016).

Welten der Arbeit oder die Vernachlässigung der Reproduktionskrise

‚Arbeit‘ ist in der vorgelegten Diagnose nur mehr als Lohnarbeit präsent, deren Bedingungen sich durch an Selbstverantwortlichkeit geknüpfte Leistungsimperative, Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen und soziale Entsicherungen wie Hartz IV für relevante Teile der Lohnabhängigen und eben auch jene mit vergleichsweise hohem kulturellen Kapital, wie etwa Nachwuchswissenschaftler(innen), deutlich verschlechtern und auch intergenerationell keine Verbesserungen, sondern eher soziale Abstiege erwarten lassen. Auch das ist richtig. Unterbelichtet bleibt freilich nicht nur, dass atypische Arbeitsverhältnisse für Frauen in Westdeutschland auch schon zu Hochzeiten des Wohlfahrtskapitalismus zumindest in der Privatwirtschaft eher die Norm als die Ausnahme waren, Frauen auch heute bei Niedriglohn und atypischen Arbeitsverhältnissen dominieren und selbst in Bereichen qualifizierter Beschäftigung wie insbesondere den expandierenden Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen deutlich geringere Löhne und Aufstiegsperspektiven haben als Facharbeiter in den industriellen und kommerziellen Kernsektoren. Sie tragen im produktivistischen, auf den männlichen Familienernährer ausgerichteten deutschen Produktions- und Sozialmodell schon länger und zunehmend einen erheblichen Teil der Kosten des von Iversen/ Wren (1998) beschriebenen Dienstleistungstrilemmas.

Warum ist dies für eine zeitgemäße Krisendiagnose wichtig? Die relative Prekarität der personenbezogenen und sozialen Dienstleistungen hängt eng mit einer eher sozialdenn arbeitspolitischen Regulierung dieser Tätigkeiten im deutschen Wohlfahrtsstaat zusammen (Gottschall 2008). Nicht nur die Frauen, auch die Gewerkschaften und die Sozial-

demokratie haben sich für diese Arbeitswelten lange nicht interessiert und Frauen weniger als Familienernährerinnen denn als Ehefrauen und Mütter gesehen, wie nicht zuletzt die erst in jüngerer Zeit erhobene Forderung nach einer Abschaffung des Ehegattensplittings und der ebenfalls erst in jüngerer Zeit intensivierter Einsatz von *ver.di* für höhere Löhne in Kitas und Pflegeeinrichtungen zeigt.

Es geht hier freilich noch um mehr: Die Krise des gegenwärtigen Kapitalismus ist, wie zahlreiche Sozialwissenschaftlerinnen argumentieren, auch eine Reproduktionskrise (Fraser 1994; Hochschild 2000, Jürgens 2010, 2013; Jurczyk et al 2016). Denn zur Geringerschätzung von Care-Tätigkeiten im Arbeitsmarkt kommt die Care-Belastung vornehmlich von Frauen im Privatbereich, die mit dem dramatisch steigenden Pflegebedarf in der älteren Bevölkerung nicht ab-, sondern zunimmt. Zu den in dem Zeitenwende-Beitrag genannten Perspektiv- und Kontrollverlusten gehört auch, dass sich heute nicht nur in Deutschland Lohnabhängige als Töchter und Söhne, als Mütter und Väter nicht in der Lage sehen, die Pflege von Familienangehörigen selbst zu übernehmen und selbst Mittelklassefamilien sich eine marktliche Pflege kaum leisten können. Dies befördert, flankiert von einer dem Ernährermodell verhafteten Pflegegeldlösung, die Beschäftigung von meist migrantischen Arbeitskräften in Privathaushalten in allenfalls halblegalen Arbeitsverhältnissen. Insofern ist die Dienstbotengesellschaft (Bartmann 2016) als ein weiterer Ausdruck neuer sozialer Umbrüche keineswegs nur ein Mittelschichtphänomen.

Die gesellschaftliche und politische Herausforderung dieser Situation liegt in der dringend erforderlichen Verständigung darüber, was uns menschenwürdige Sorge und gute Arbeit diesem Bereich wert sind und welche Umverteilungen von Zeit und Geld dafür notwendig sind. Nicht zuletzt ist damit auch – gegen neoliberale Vereinnahmungen und verkürzten Autonomievorstellungen folgenden libertären Konzepten – eine Reformulierung von Freiheit und Selbstbestimmung gefordert, die die der menschlichen Existenz immer auch eigene Abhängigkeit anerkennt und gesellschaftlich rückbettet statt zu individualisieren.

Notwendige Weiterungen der Kapitalismusanalyse

Der Beitrag adressiert den Kapitalismus ebenso abstrakt wie die Demokratie und suggeriert damit eine Verallgemeinerbarkeit der Krisendiagnose, die einer kritischen Betrachtung nicht standhält.

Tatsächlich ist bei näherem Hinsehen im Text vor allem der moderne Kapitalismus westlicher Prägung und im historischen Bezug auf die Phase nach dem zweiten Weltkrieg der deutsche Kapitalismus mit seinem spezifischen sozialstaatlichen und arbeitspolitischen Profil gemeint. Schon hier kann man zu bedenken geben, dass sich im Westen nicht nur verschiedene Varianten des Kapitalismus ausgeprägt haben, sondern vor allem auch der Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus in Deutschland anders ist als etwa in Großbritannien oder Frankreich. Wichtiger noch erscheint aber, dass die Krisenanalyse dieses westlichen Kapitalismus implizit einer Binnenperspektive folgt, als sei entweder der westliche Kapitalismus ein Container oder aber der hier vorfindliche Kapitalismus ein blue print für den Rest der Welt. Wie Kocka in seiner kleinen Geschichte des Kapitalismus zeigt, hat dieser freilich schon historisch eine höchst variantenreiche und global unterschiedliche Entwicklung durchlaufen (Kocka 2013). Auch aktuell ist eine Verortung des westlichen Kapitalismus in das Gefüge globaler Ungleichheiten unabdingbar, für eine angemessene

Einordnung der nationalen sozialen Verwerfungen ebenso wie für die in dem Beitrag geforderte Erneuerung des linken Projektes.

Literatur

- Bartmann, Christoph (2016), *Die Rückkehr der Diener. Das neue Bürgertum und sein Personal*, München: Carl Hanser Verlag
- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli/Schmidt, Beate (1984): *Eines ist zuwenig – beides ist zuviel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen in Familie und Fabrik*, Bonn: Dietz
- Castel, Robert (2011): *Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*, Hamburg: Hamburger Edition
- Fraser, Nancy (1994): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtsstaatssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Honneth, Axel (Hrsg.), *Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 351-382
- Gottschall, Karin (2008): Soziale Dienstleistungen zwischen Informalisierung und Professionalisierung oder: der schwierige Abschied vom deutschen Erbe sozialpolitischer Regulierung, *ARBEIT. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, 17 (4), 254-267
- Hochschild, Arlie R. (2000): Global care chains and emotional surplus value. In: Hutton, Will/Giddens, Anthony (Hrsg.), *On the Edge: Living with Global Capitalism*, London: Jonathan Cape, 130-146
- Hochschild, Arlie R. (2002): *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*, Opladen: Leske + Budrich
- Hochschild, Arlie R. (2016): *Strangers in their own land. Anger and mourning on the American right*, New York: The New Press
- Iversen, Torben/Wren, Anne (1998): Equality, Employment, and Budgetary Restraint: The Trilemma of the Service Economy, *World Politics*, 50 (4), 507-546
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise, *Leviathan* 38 (4), 559-587
- Jürgens, Kerstin (2013): Deutschland in der Reproduktionskrise – Nachbetrachtung einer Diagnose. In: Nickel, Hildegard Maria/Heilmann, Andreas (Hrsg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*, Beltz Juventa: Weinheim/Basel, 70-85
- Jurczyk, Karin/Voß, G. Günter/Wehrich, Margit (2016): Alltägliche Lebensführung – theoretische und zeitdiagnostische Potenziale eines subjektorientierten Konzepts. In: Alleweldt, Erika/Röcke, Anja/Steinbecker, Jochen (Hrsg.), *Lebensführung heute. Klasse, Bildung, Individualität*, Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 53-87
- Knapp, Gudrun-Axeli (1990): Zur widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen. In: Hoff, Ernst-H. (Hrsg.), *Die doppelte Sozialisation Erwachsener. Zum Verhältnis von beruflichem und privatem Lebensstrang*, Weinheim/München: Juventa, 17-52
- Kocka, Jürgen (2013): *Geschichte des Kapitalismus*, München: C.H. Beck
- Kronauer, Martin (2014): Autonomie in der Krise, *Prokla Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 176, 44 (3), 431-443

Rechtspopulismus – ein Indikator der Zeitenwende?

Eine arbeitsweltliche Spurensuche

Dieter Sauer

Ich finde es sehr passend, eine aktuelle politische Streitschrift zur Grundlage der Ehrung von Michael zu machen und nicht eine umfangreiche Zusammenstellung seiner wissenschaftliche Verdienste. Das gibt es ja alles schon, Michael wird ja nicht zum ersten Mal geehrt.

I.

Der vorliegende Text versucht sich an einer aktuellen Zeitdiagnose und nimmt wenig Rücksicht auf eine wissenschaftliche Absicherung, verzichtet vollständig auf empirische Belege. Das ist auf den ersten Blick ungewöhnlich für Michael, der immer als Verfechter einer qualitativen Empirie mit höchsten Ansprüchen aufgetreten ist. Aber wer ihn und seine wissenschaftliche Biografie kennt, weiß auch, dass er sich immer wieder mit Beiträgen zur politischen Deutung des Zeitgeschehens zu Wort gemeldet hat. Auch seine großen empirischen Untersuchungen waren von diesem zutiefst politischen Engagement angetrieben. Wenn ich mich an unsere vielen privaten Gespräche erinnere – manchmal in den Bergen, z.B. bei steilen Anstiegen in den Dolomiten –, kreisten sie letztlich immer um politische Fragen, um Einschätzungen der aktuellen politischen Lage. Und in ihnen lässt sich eine Tendenz erkennen: Sie wurden mit zunehmendem Alter und größerer Distanz zur Arbeit im SOFI grundsätzlicher – in der Kapitalismuskritik auch radikaler und kompromissloser. Als Senior Präsident des SOFI heißt es zwar immer noch Rücksichtnehmen auf die taktischen Gegebenheiten empirischer Forschung. Zu offene Kritik an Politik, Unternehmen, Betriebsräten oder Gewerkschaften kann negative Folgen haben für die empirischen Zugänge und auch für zukünftige Aufträge. Aber das trifft ja mehr die einschlägigen arbeitssoziologischen und arbeitspolitischen Stellungnahmen. Michael und ich waren bekanntlich nicht immer einer Meinung – vor allem in unseren arbeitspolitischen Bewertungen möglicher Interventionen und Gestaltungsmaßnahmen in den Betrieben. Aber auch das hat sich geändert: Unsere Übereinstimmung ist größer geworden. Das trifft auch auf den vorliegenden Text zu, der allerdings weniger von der Entwicklung von Arbeit handelt als von der politischen Krise unserer Gesellschaft.

Er beginnt mit einer fulminanten Ausgangsthese: Behauptet wird eine Zeitenwende, die den Charakter einer Systemkrise angenommen habe. Von einer politischen Zeitenwende zu reden, erscheint mir plausibel, von einer Systemkrise allerdings weniger. Für eine Systemkrise fehlt mir die ökonomische Seite: die Krise der Kapitalverwertung. Dazu wird nichts gesagt, und nach der aktuellen Selbstbeschreibung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist allem Anschein nach das Gegenteil der Fall: Umsätze und Profite steigen, die Arbeitslosenzahlen erreichen Tiefstwerte. Zumindest an der Oberfläche unserer deutschen Gesellschaft ist von einer ökonomischen Krise nichts zu sehen, auch wenn die globalen Unsicherheiten nach der großen Finanzkrise nicht verschwunden sind. Nicht der Kapitalismus scheint in der Krise, sondern sein politisches Institutionensystem. Das schließt das

Aufbrechen des immer schon fragilen Zusammenhangs von Demokratie und Kapitalismus ein.

Als ein Indikator der politischen Krise wird im Text der Aufstieg der Rechtspopulisten benannt. Und als Nährboden für diesen Aufstieg werden dreierlei Verlusterfahrungen skizziert, die den aktuellen Selbstbeschreibungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland diametral zu widersprechen scheinen. Bei diesen Verlusterfahrungen spielen auch Veränderungen in der Arbeitswelt eine wesentliche Rolle: so z.B. der steigende Leistungsdruck, die verweigerte Anerkennung der beruflichen Lebensleistung oder auch die erwarteten Folgen der Digitalisierung.

Wir machen gerade eine kleine Studie, die genau auf diesen Zusammenhang fokussiert. An ihr ist mit Richard Detje auch einer der Autoren des hier diskutierten Aufsatzes beteiligt. In unseren Befragungen und Diskussionen mit gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären fragen wir danach, ob die Entwicklung in den Betrieben etwas mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus zu tun hat, ob die Zumutungen der Arbeitswelt ein Teil des Nährbodens ist, auf dem rechte Orientierungen und auch eine Partei wie die AfD gedeihen können. Hintergrund dieser Fragen ist natürlich auch das beunruhigende Wahlverhalten von Arbeitnehmern in Deutschland und anderen Ländern: Gewerkschaftlich organisierte Lohnabhängige haben meist überdurchschnittlich ihre Stimme rechtspopulistischen Parteien gegeben und tragen offensichtlich zu den Erfolgen rechtspopulistischer Parteien bei. „Die als historischer Akteur für tot erklärte Arbeiterschaft kehrt plötzlich wieder ins Rampenlicht der Aufmerksamkeit zurück, seitdem sich aus ihr Protestwähler der Rechten rekrutieren“, so heißt es im vorliegenden Text.

II.

Ich will mich in meinem Kommentar auf diesen Punkt konzentrieren und drei Eindrücke aus unseren aktuellen Recherchen wiedergeben – eine systematische Auswertung unserer Befunde werden wir demnächst vorlegen.

1. Fast alle von uns Befragten berichten von einer „*Klimaveränderung*“ in den Betrieben, die mit der Fluchtbewegung 2015 einsetzt. Beobachtet wird eine Enttabuisierung rechter Meinungsäußerungen im Betrieb vor allem in privaten Gesprächen und in den sozialen Medien. Was an rechter Orientierung bei manchen schon immer vorhanden war, wird jetzt offener gezeigt und ausgesprochen. Die Aussagen gegenüber den Geflüchteten folgen meist einer einfachen Argumentation: „*Die nehmen uns was weg*“. In dieser fremdenfeindlichen Haltung wird ein Alltagsrassismus sichtbar, bei dem die Übergänge von provokanten, aber nicht fest im rechten Ressentiment verankerten Äußerungen bis zu verbalen rechtsradikalen Stigmatisierungen und Ausgrenzungen durchaus fließend sind. Und es gibt Hinweise auf Kolleg(innen), die AfD gewählt haben oder wählen wollen – meist nicht, weil sie diese Partei gut finden, sondern als Protest gegen die anderen politischen Parteien: „*Wir wählen jetzt die AfD, ob rechts oder nicht – Hauptsache, es ändert sich was. Weil die da oben machen ja nur Scheiße im Moment.*“ Es gibt aber auch die Beobachtung, dass manche die AfD auch aus Überzeugung wählen. Diese Bekenntnisse verbinden sich häufig mit einer Relativierung der Hemmschwellen: „*AfD, Pegida etc. sind nicht mehr Nazi... Die AfD ist nicht so schlimm.*“ Es bleibt vielfach offen, wie weit Protest gegen das politische Establishment in Sympathien und Affinität zum Rechtspopulismus übergeht. Mit den Wahlerfolgen der AfD und ihrem Einzug in die Parlamente, nimmt zudem die Aufforderung zu, dem politisch

organisierten Rechtspopulismus als zu respektierende „Normalität“ gegenüberzutreten. Schließlich wird von Aktivisten berichtet, die sich offen zur AfD bekennen und sich durch scharfe Kritik an betrieblichen Verhältnissen und an den Gewerkschaften zu profilieren versuchen. Es gibt Austritte aus den Gewerkschaften wegen deren Unterstützung von Geflüchteten und Kritik an der AfD. Das sind Einzelne, aber auch Gruppen, wie z.B. die 200 IG Metall-Mitglieder, die in Passau ihre Gewerkschaftsbücher zurückgaben. Dies ist ein Grund, weshalb Gewerkschaftsgliederungen teilweise vorsichtiger im Widerstand gegen rechtspopulistische Auftritte geworden sind. Mehr noch als offen rechte Listen bei den Betriebsratswahlen 2018 bereitet Sorge, dass Rechtspopulisten auf offiziellen gewerkschaftlichen Listen in betriebliche Vertretungsstrukturen einrücken können.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die AfD – wenn sie denn die soziale Frage und betriebliche Probleme stärker aufgreifen würde, was sie programmatisch bislang kaum tut – ein noch größeres Protestpotenzial erschließen könnte.

2. Ein zweiter Eindruck bezieht sich auf den Zusammenhang von betrieblichen Problemlagen, ihrer Zuspitzung zu massiver Unzufriedenheit, Frustration, Wut und dem damit geschaffenen *Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen*. Diese betriebliche Innenseite der sozialen Frage bleibt in den meisten Analysen zum Rechtspopulismus unterbeleuchtet. Unser Eindruck ist, dass wir es mit einer Zuspitzung der betrieblichen Verhältnisse zu tun haben – weitere Zuspitzung auch im Vergleich zu unseren beiden Studien zum Krisenbewusstsein 2010 und 2012, in denen wir auf ein nicht konjunkturell, sondern über eine längere Zeit gewachsenes betriebliches Krisenbewusstsein („Krise ist immer“) und eine „adressatenlose Wut“ auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in längerer Zeit gewachsenen Krisen gestoßen waren. Auch damals bestimmte schon eine überraschend massive Unzufriedenheit mit den betrieblichen Arbeitsbedingungen die Interviews und Gruppendiskussionen. Die Diskrepanz zwischen der öffentlichen und medialen Darstellung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und den Schilderungen der von uns Befragten ist heute noch größer geworden. Das Gefühl, dass die eigene Leistung nicht mehr anerkannt und die Wertschätzung des persönlichen Engagements verweigert wird, markiert im Vergleich zu den Ergebnissen unserer früheren Studien dabei eine neue Qualität.

Die Ursachen einer Verschärfung der sozialen Lage im Betrieb sind vielfältig: Trotz angeblich blendender Arbeitsmarktzahlen ist unter der Oberfläche die Angst um die Sicherheit des Arbeitsplatzes nicht verschwunden. Hintergrund sind zum einen ständige Umstrukturierungen (Aufspaltungen, Verlagerungen etc.) in den Unternehmen: von den alten Strukturproblemen der Stahlindustrie, den erwarteten Strukturveränderungen in der Automobil- und Automobilzulieferindustrie bis zu neuen Geschäftsmodellen bei Banken und Logistikunternehmen – um die von uns einbezogenen Felder zu nennen. Auch unterhalb der Schwelle transnationaler Verlagerungsprozesse findet eine ständige Umstrukturierung statt, die den Charakter einer permanenten Reorganisation annimmt. Hierbei geht es um eine Verflüssigung von organisatorischen Strukturen, die zu einer ständigen Unruhe in der Belegschaft führt und eine hohe flexible Anpassungsbereitschaft erfordert. Auch das ein Trend, der quer durch alle einbezogenen Produktions- und Dienstleistungsbereiche, immer wieder benannt wird. Im Zeichen der Digitalisierung ist „Agilität“ das Stichwort: Alles muss immer agiler werden, d.h. flexibler, kurzfristig veränderbar und schneller. Vor allem bei älteren Beschäftigten entsteht mit der realen oder erwarteten Digitalisierung ein Gefühl der Überforderung: des „*nicht mehr mitkommen, des abgehängt werden*“. Dazu passt

die weitere Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen. In so gut wie keinem der einbezogenen Betriebe wird noch unbefristet eingestellt. Rechtspopulismus ist zwar nicht allein auf dem Boden von Prekarisierung erwachsen, diese trägt aber wesentlich zur sozialen Verunsicherung und Zukunftsangst bei. In den Beschreibungen der betrieblichen Arbeitssituation steht der steigende Leistungsdruck fast durchgängig über alle einbezogenen Bereiche an vorderster Stelle. Wenn wir von „Zuspitzung“ arbeitsweltlicher Problemlagen sprechen, meinen wir jedoch nicht nur Leistungsdruck im Sinne physisch-psychischer Überforderung. Kontrollverluste machen sich auch, und oft vor allem daran fest, dass das betriebliche Ordnungssystem tendenziell aus den Fugen gerät. Der Kapitalismus als Leistungssystem basiert auf einem Versprechen: Wer seine Arbeit gut und effektiv macht und sich dafür schulisch und beruflich qualifiziert hat, der oder die erhält ein (relatives) Wohlstands- und Sicherheitsversprechen – und wenn es gut läuft auch ein Aufstiegsversprechen. Das war, wenn man so will, die Grundlage jeder sozialpartnerschaftlichen Politik. Nicht nur unsere Beobachtung ist nun: Diese Sicherheitsversprechen lösen sich auf, sie kommen unter die Räder eines Regimes der Unsicherheit. Dies ist nach unserem Dafürhalten der betrieblich-arbeitsweltliche Nährboden für rechtspopulistische Verarbeitungsformen. Selbst wenn man heute noch die Chance sieht, damit irgendwie zu Recht zu kommen, nimmt doch die Zukunftsunsicherheit immer mehr zu.

Das Zitat eines Facharbeiters aus einem Metallbetrieb ist dafür typisch: *„Ja, im Moment geht es noch ... ich mache alle Weiterbildungsangebote, die die Firma mir gibt, mit. Und ich habe trotzdem subjektiv das Gefühl, ich muss mich immer mehr abstrampeln, nur um mein jetziges Niveau noch halten zu können. Ich bin nicht derjenige, der auf dem aufsteigenden Ast sitzt, sondern ich kämpfe im Prinzip wie die Sau, damit ich nicht noch weiter abgleite.“*

3. Schließlich ein dritter Eindruck: Die Befragten sehen ihre Interessen – fast durchgängig – von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Sie fühlen sich mit ihren Sorgen allein gelassen. Daraus entwickeln sich Zorn und Wut auf die politischen Repräsentanten, insbesondere auf die SPD. Diese *„Repräsentationslücke“* oder *dieses Versagen der Politik* ist das Eintrittstor der Rechtspopulisten. Misstrauen in die überkommenden Strukturen demokratischer Willensbildung und ihrer Institutionen ist der Resonanzboden für eine Anti-Establishment-Haltung, durch die *„ein wir hier unten“* – der einfache, hart arbeitende Mann – gegen *„die da oben“* – die Eliten, die Politiker, die Medien („Lügenpresse“) oder schlicht *„das System“* – ausgedrückt wird. Die Verselbständigung der politischen Klasse ist bei vielen Gesprächsteilnehmern ein Thema: *„Die machen sowieso was sie wollen“*. Dazu gehört auch der Verdacht, die Politik stehe unter dem Einfluss von Partikularinteressen, sie sei nur mehr Spielball von mächtigen Unternehmensinteressen. Merkel & Co. hätten mit großer Selbstverständlichkeit die Banken gerettet, aber die einfachen Leute aus dem Blick verloren. Unsere Gesprächspartner berichten, dass es für die AfD *„ein leichtes“* sei, sich zum Sprachrohr dieser enttäuschten und wütenden Kolleg(innen) zu machen – *„ob das dann überzeugte Wähler oder Protestwähler sind, sei jetzt mal dahingestellt“*.

Das folgende Zitat steht für viele ähnliche Aussagen: *„...es gibt Leute, die kommen nie auf einen grünen Zweig, obwohl sie jeden Tag gearbeitet haben, und das macht mich wütend. Und das ist sicher auch der Nährboden, auf dem Pegida grast. ... also ich werde die AfD nicht wählen, das kann ich hier jetzt ganz sicher sagen. Aber ich habe für jeden Verständnis, der da sein Kreuz bei der AfD macht, dann hat er seinem Willen wenigstens Ausdruck gegeben, ... Und das ist die Stimmung, die bei ganz, ganz vielen Kollegen sichtbar ist. Über die man nicht offen spricht. Aber wenn man den Eindruck hat, man ist unter Gleichgesinnten, dann hört man das.“*

III.

Unsere Befunde weisen darauf hin, dass wir es mit einem komplexen Wirkungszusammenhang zu tun haben. Die soziale Lage hat sich verschärft, die Unzufriedenheit ist größer geworden und auch die „politische Entwurzelung“, die Distanz zur Politik hat zugenommen. Gleichzeitig hat die Fluchtbewegung 2015 von „außen“ kommend als „Katalysator“ gewirkt, der zum einen schon länger vorhandenes rechtspopulistisches Gedankengut nach „oben gespült“ (Enttabuisierung) und so einen Schuldigen („die Anderen“) in den Blick gerückt hat. Zum anderen ist mit der AfD und ihren Wahlerfolgen ein politischer Akteur auf den Plan getreten, der sowohl ein Adressat für Protest ist als auch ein Bezugspunkt für enttäuschte kollektive Zugehörigkeitsbedürfnisse.

Wenn es spezifische arbeitsweltliche Potenziale rechtspopulistischer Orientierungen gibt, dann kommen den Gewerkschaften herausgehobene, nicht ersetzbare Aufgaben im Kampf gegen völkische, antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen und Aktivitäten zu. Wenn es nicht mehr „nur“ um die zivilgesellschaftliche Bekämpfung des Rassismus geht, sondern auch um die Auseinandersetzung mit seinen Ursachen, um das „Trockenlegen“ seines Nährbodens in den Betrieben, dann sind das Herausforderungen, die im ureigensten arbeitspolitischen Feld der Gewerkschaften liegen.

In der politischen Auseinandersetzung werden AfD-Sympathisant(innen) und Äußerungen mit nationalistischer oder fremdenfeindlicher Färbung oft in einen Rassismustopf geworfen, der kaum Differenzierungen zulässt. Damit wird meist auch das Problem einer zeitdiagnostischen Deutung des Phänomens des Rechtspopulismus dem Anschein nach gelöst: Es gibt halt einen Bodensatz von Rassisten, den man ausgrenzen und bekämpfen muss. Die Frage nach den Ursachen erübrigt sich, mögliche betriebliche Hintergründe geraten nicht ins Blickfeld. Was man braucht sind Anti-Rassismusbeauftragte, Kommunikationsstrategien und Aufklärungskampagnen. Das braucht man natürlich alles, aber es bleibt unzureichend und vermeidet die Auseinandersetzung mit zentralen Ursachen. Will man den Rechtspopulisten tatsächlich das „Wasser abgraben“ – wie es immer so schön heißt –, geht es tatsächlich um die Beseitigung der Ursachen, dann erfordert dies vor dem Hintergrund unserer Befunde eine *sozial- und arbeitspolitische Wende*, die Konzentration auf eine wirkliche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im weiteren Sinne.

Wenn der Rechtspopulismus – wie Klaus Dörre es formuliert – auch „eine Bewegung gegen die Zumutungen des Marktes“ ist, „die von Lohnabhängigen getragen wird und bei Arbeitern und Arbeitslosen auf überdurchschnittliche Zustimmung stößt“, dann muss der Umgang mit dem Rechtspopulismus zu einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit den Zumutungen des Marktes führen. So verstehe ich auch die im letzten Teil des Aufsatzes formulierte Aufforderungen zu einer „Wende der Linken“. Dort wird als ein zentraler Punkt der Kampf um soziale Rechte benannt, „die vor den Folgen der Marktabhängigkeit“ schützen. Dabei ist auf den „Sand wohlwollenden Entgegenkommens von Unternehmerseite“ – so die Formulierung im Text – nicht mehr zu bauen. Es ist davon auszugehen, dass die Tendenzen einer Marktabhängigkeit oder generell der Vermarktlichung, die wir in unseren Analysen seit über 20 Jahren beobachten, sich weiter verschärft haben. Und mit dem Formwandel von Herrschaft haben sich die Bedingungen der interessenpolitischen Auseinandersetzung für die Arbeitnehmerseite weiter verschlechtert, die Gewerkschaften sind in die Defensive geraten und die politischen Adressaten weggebrochen. Die institutionellen Strukturen der Interessenvertretung in den Betrieben und in der Tarifpolitik sind zwar

noch weitgehend vorhanden, aber sie können die Beschäftigten vor den Zumutungen des Marktes nicht mehr wirksam schützen. Weder auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes noch auf die Leistungsbedingungen des Großteils der Beschäftigten haben Gewerkschaften nachhaltigen Einfluss – und zwar selbst dort nicht, wo Tarifverträge als Regulierungsinstrument noch anerkannt sind und respektiert werden. Auswege aus dieser ohnmächtigen Situation sind im gegebenen System der Interessenpolitik offensichtlich versperrt. Oder wie es ein Kollege formuliert: *„Die Gewerkschaftsarbeit ist ja mehr die Arbeit der Bestandssicherung, damit es nicht noch schlechter wird. Und das kann man den Leuten eben auch nicht gut vermitteln, dass das eigentlich die Hauptaufgabe ist mittlerweile, damit das alles nicht noch schlechter wird.“* Aber auch das gelingt ja immer weniger angesichts der Abwärtsspirale in der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse. Wie sieht die Zukunft aus: mit weiterem Leistungsdruck, beschleunigter Rationalisierung, verstärktem Druckpotenzial aus globalen Wertschöpfungs- und Logistikketten und Benchmarks für einen sich ebenfalls globalisierenden Dienstleistungssektor? Die Antwort kann nicht mehr formelhaft lauten: Minimierung der Risiken bei Optimierung der Chancen – wie jetzt im Kontext Arbeit 4.0. Der herkömmliche gewerkschaftliche Reformismus verliert an Überzeugungskraft.

Es geht also nicht nur um eine Revitalisierung der Arbeitspolitik, sondern um ihre Veränderung und Weiterentwicklung. Auf Abstiegs- und Zukunftsängste müssen Antworten gegeben werden, die letztlich auch vor Systemschranken nicht verstummen dürfen. Gefordert ist also nicht weniger als ein Systemwandel, ein radikaler Neuanfang, dessen entscheidende neue Qualität darin besteht – und hier übernehme ich eine Formulierung aus dem Text –, dass er „von unten“ erfolgen muss. Nun ist der Gedanke einer auf Demokratisierung zielenden, eigensinnigen Arbeitspolitik von unten nicht neu und ich bin ja auch selbst damit in den letzten Jahren in manchen Debatten vor allem in den Gewerkschaften unterwegs gewesen. Dabei finden sich in der gewerkschaftlichen Praxis durchaus Ansatzpunkte für beteiligungs- und mobilisierungsorientierte Initiativen wie zum Beispiel in der bedingungsgebundenen Tarifarbeit, in Mobilisierungsansätzen zur Guten Arbeit oder in an „social unionism“ orientierten Organizingprojekten. Leider scheinen diese Initiativen in den Gewerkschaften wieder an Boden verloren zu haben. Offensichtlich verstärkt die Zuspitzung der betrieblichen Probleme defensive Positionen und den Rückgriff auf traditionelle Strategien. Für neue offensive und partizipative Strategien scheint in solchen Situationen kein Raum. Auch sozialwissenschaftliche Konzepte, die auf die Widersprüche in den marktorientierten Steuerungsformen in den Unternehmen gesetzt haben und damit auf das politische Konfliktpotenzial von Autonomieversprechen der Unternehmen und Selbstvertretungsansprüchen der Beschäftigten, haben in den arbeitspolitischen Debatten der letzten Jahre an Gewicht verloren. Aus meiner Sicht sind diese Konzepte jedoch nicht vom Tisch: Das Verhältnis von kollektiver und individueller Interessenvertretung muss neu austariert werden: mit mehr subjektiver Autonomie, mit gestärkten Selbstaushandlungsprozessen, mit mehr Interaktion zwischen den alten und möglicherweise neuen Formen institutionalisierter Mitbestimmung, mit gestärkter direkter und weniger repräsentativer Demokratie. Ich will es mit diesen Hinweisen auf eine mögliche konkrete arbeitspolitische Wende belassen, die ein durchaus utopisches Moment der „Befreiung aus Unmündigkeit“ enthält. Damit wollte ich auch eine Konkretisierung der am Ende des Textes gemachten Aussagen zu einer Wende der Linken versuchen, die aus meiner Sicht etwas zu allgemein und blumig geraten sind. Dennoch finde ich es sehr gut, dass die Autoren sich nicht nur mit Zuspitzungen der aktuellen Krise auseinandergesetzt haben, sondern auch den Blick auf Alternativen, auf mögliche Veränderungen gerichtet haben. So bedrohlich der Aufstieg des Recht-

populismus und so beunruhigend die Bedingungen, unter denen die Arbeiterschaft wieder öffentliche Aufmerksamkeit erfährt, sind – wir finden uns in einer historischen Situation wieder, die nicht nur den zeitdiagnostischen Blick herausfordert, sondern auch an einer Grundsatzkritik kapitalistischer Gesellschaften nicht vorbei kommt. Hierzu einen Anstoß zu geben, ist das Verdienst dieses Aufsatzes und seiner Autoren. Ich weiß, lieber Michael, Du wirst nicht nachlassen, Dich in diese Debatten einzumischen.

Die Systemfrage kehrt zurück! Bemerkungen zur „Zeitenwende“ samt Replik zur Kritik

Klaus Dörre

[...] die Sache ist ja die bei PEGIDA: Ist ja nicht so, dass die auf die Straße gehen und dass das alles Nazis sind und hier sonst welche Parolen brüllen und alle die Ausländer irgendwo verbrennen wollen oder verbannen wollen. Das ist ja überhaupt nicht der Fall. **Die gehen halt auf die Straße, weil irgendwas mit dem System nicht stimmt.** Da braucht man ja bloß mal gucken, mit dem System stimmt definitiv was nicht [...] Ein Arbeiter und aktiver Betriebsrat, der mit PEGIDA und der völkisch-nationalistischen AfD sympathisiert, im Juni 2017.

Vorbemerkung

Trotz knapper Zeit sei mir zu Beginn eine persönliche Bemerkung gestattet. Ich möchte mich bei allen Kolleg(inn)en des SOFI und natürlich beim Jubilar Michael Schumann für die Chance bedanken, die ich zu Beginn der 1990er Jahre erhielt, als ich Mitarbeiter im Institut wurde. Kaum vorstellbar, dass ich ohne diese Station als Soziologie-Professor in Jena gelandet wäre. Für mich gilt, was viele sagen, die seinerzeit in der Villa im Friedländer Weg gearbeitet haben: einmal SOFI, immer SOFI! Zugehörig fühlen sich ehemalige Mitarbeiter(innen) keineswegs, weil im Institut immer alles schön und harmonisch gewesen wäre. Wichtig war etwas anderes. Das SOFI ist ein besonderes Institut, weil es, wie mein Freund Hartmut Rosa sagen würde, Fragen bearbeitet, die die Gesellschaft auch dann hätte, wenn es keine Soziologie gäbe. Ich hatte stets den Eindruck, dass die SOFI-Forschung etwas austrägt. Natürlich wurde, bevorzugt in der Kaffeeküche im zweiten Stock, auch zu meiner Zeit über den Kapitalismus diskutiert. Immer, wenn eine(r) der Diskutierenden auf die sogenannte Systemfrage zu sprechen kam, pflegte Volker Wittke zu entgegnen: „Die Frage kann man ja stellen, nur muss man sich vor den Antworten hüten!“

Damit bin ich beim Thema. Heute habe ich die ehrenvolle Aufgabe, einen von Michael Schumann initiierten Artikel zu verteidigen, der die Systemfrage aufwirft und den ich als Autor mitverantworte, obwohl ich an der Schreibarbeit keinen Anteil hatte. Ich sage das keineswegs, um mich zu distanzieren, sondern um zu verdeutlichen, weshalb ich mich freue, beteiligt zu sein. Im Text heißt es: „[...] Entscheidend ist, dass sich Gegenkräfte formieren, die in der Lage sind, die Systemkrise zu thematisieren [...]“ (Detje et al. 2017). Dieser Satz enthält gleich zwei wichtige Aussagen. *Erstens* ist die Systemfrage zurück im gesellschaftlichen Diskurs. *Zweitens* geschieht das gegenwärtig selten im Sinne progressiver Gegenkräfte, sondern provoziert von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen und im Zuge einer konformistischen Revolte von rechts, die Jürgen Habermas als „Saatboden für einen neuen Faschismus“ (Habermas 2016) bezeichnet hat. Die Systemfrage wird, wie das Eingangszitat meines Beitrags illustriert, auch von Arbeitern, Gewerkschaftern und Betriebsräten gestellt, die keinen Widerspruch darin sehen, sich einerseits aktiv an einem Arbeitskampf zu beteiligen und andererseits die Busse für ihre Teilnahme an einer PEGIDA-Demonstration zu organisieren (Dörre et al. 2017). Auch dies spricht dafür, dass wir uns inmitten einer großen gesellschaftlichen Transformation befinden, in der „Pflasterli-Politik“ nicht mehr ausreicht. Es geht um grundlegende Weichenstellungen, und nur wenn die

vielfach geschlagene Restlinke dies sehr rasch begreift, hat sie überhaupt noch eine Chance, solche Entscheidungen zu beeinflussen.

Weil der von Michael Schumann initiierte Artikel genau diese Botschaft enthält, ist es mir leichtgefallen, ihn zu unterstützen, ohne jede Formulierung auf die Goldwaage zu legen. Es handelt sich um einen Anstoß zu einer Debatte, der unvollständig bleibt und deshalb sicher angreifbar ist. Karin Gottschall¹ liest den Text teilweise so, als wollten die Autoren das Rad der Geschichte zurückdrehen und hinter Einsichten zurückfallen, wie sie u.a. in der soziologischen Auseinandersetzung mit Kapitalismusvarianten, Geschlechterverhältnissen, Reproduktionskrise, Sorgearbeit und den strukturbildenden Wirkungen neuer sozialer Bewegungen gewonnen wurden. Zu Recht lehnt sie es ab, die zurückliegenden Jahrzehnte als bloße Regression zu interpretieren. Stattdessen konstatiert sie Freiheitsgewinne, wie sie mit der zivilgesellschaftlichen Institutionalisierung von Reproduktionsmacht (vom Umweltdezernenten bis zur Frauenbeauftragten) verbunden waren und weist die Behauptung einer allgemeinen, sämtlichen Spielarten des Kapitalismus inhärenten Systemkrise als nicht haltbar zurück.

An dieser Kritik ist zweifellos etwas Richtiges. Tatsächlich hat ein „progressiver Neoliberalismus“ Marktmacht auch eingesetzt, um patriarchale Herrschaftsmechanismen und ständische Privilegien zu schleifen (Fraser 2017). Insofern formuliert Karin Gottschall über sinnvolle Korrekturen an unserer Argumentation hinaus eine wichtige Perspektiverweiterung. Worauf sie in ihrer Kritik jedoch kaum eingeht, ist das von Nancy Fraser behauptete *Ende* eben dieses progressiven Neoliberalismus und der parallel erfolgte Aufstieg einer völkisch-populistischen Rechten, die den zivilgesellschaftlichen Freiheitsgewinn wieder zu eliminieren sucht. Hier möchte ich ansetzen, ohne mir sicher zu sein, dass alle Autoren des „Zeitenwende“-Textes meinen Argumenten folgen. Aus meiner Sicht steht das Jahrzehnt, welches den Crash an den Weltfinanzmärkten (2007-09) mit dem Wahlsieg Trumps verbindet, für eine historische Zäsur, für einen neuartigen Krisentypus. Es handelt sich um die erste große, systemische Krise *erfolgreicher* kapitalistischer Expansion und damit auch um eine Krise des Weiter so! Nachfolgend möchte ich diese These in vier Schritten untermauern. Ich beginne (1) mit dem Typus der Krise, streife sodann die Klassen- und Arbeiter(innen)problematik (2, 3), um abschließend (4) noch einmal die Systemfrage aufzugreifen.

1 Welche Krise?

Beginnen wir mit dem Krisentypus. Tatsächlich sehen wir uns mit einer systemischen *Reproduktionskrise* konfrontiert. Reproduktionskrise meint jedoch mehr als die Krise von Sorgearbeiten, auf die sich der feministische Diskurs konzentriert. Kapitalistische Gesellschaften können sich nicht reproduzieren, ohne zu expandieren. Sie sind bei Strafe ihres Niedergangs darauf angewiesen, die Kapitalakkumulation zu erweitern, zu wachsen und sich beständig ein nichtkapitalistisches Anderes anzueignen. Nicht einzelne ökonomische Krisen und Konjunkturzyklen, sondern die Erfolge der kapitalistischen Produktionsweise bedingen, dass die sozialen ebenso wie die naturgegebenen Voraussetzungen ihrer erweiterten Reproduktion unterminiert werden. Der Kapitalismus, so spitzte Rosa Luxemburg am Vorabend des Ersten Weltkriegs zu, sei die erste Wirtschaftsform mit der Tendenz, „sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen“. Sie sei

1 Vgl. den Beitrag von Karin Gottschall in diesem Heft.

aber auch die erste Form, die „ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden“ nicht existieren könne. Je erfolgreicher sie expandiere, desto näher rücke der Zeitpunkt, an dem sie an ihrer inneren Unfähigkeit zerschellen müsse, eine „Weltform der Produktion“ zu sein (Luxemburg [1913]1975: 411).

In anderer Weise als von Rosa Luxemburg intendiert, ist diese These von brennender Aktualität. Zumindest mit Blick auf die alten industriellen Metropolen spricht einiges dafür, dass die expansiven, wachstumsgenerierenden Kräfte sämtlicher Spielarten des dort präsenten Kapitalismus allmählich erlahmen (Streeck 2016). Noch bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts hatte ein durch globale Marktexpansion und Verschuldung getriebenes Akkumulationsregime die zweiterfolgreichste Wachstumsphase in der Geschichte des industriellen Kapitalismus ermöglicht (Maddison 2006: 125). Das ist Geschichte. Zwar sind die meisten frühindustrialisierten Länder auf einen Wachstumspfad zurückgekehrt, doch ihre Wachstumsraten bleiben relativ flach. Einiges spricht dafür, dass die Volkswirtschaften dieser Staaten „die Zeit des schnellen Wachstums [...] definitiv hinter sich gelassen“ haben (Galbraith 2016: 9). Gegen eine Rückkehr zur Normalität beschleunigten Wachstums sprechen vor allem vier Gründe.

Sofern Wirtschaftswachstum überhaupt noch generiert werden kann, ist es *erstens* mit einer zunehmend ungleichen Verteilung des erzeugten Reichtums verbunden. Laut Global Wealth Report (Credit Suisse Research 2016) besitzen gegenwärtig 0,7 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung 45,6 Prozent des Haushaltsgesamtvermögens, während 73,2 Prozent lediglich über einen Vermögensanteil von 2,4 Prozent verfügen. Parallel zu steigenden Einkommen aus Kapitalerträgen ist die durchschnittliche Lohnquote in den wichtigsten Industrieländern zwischen 1980 und 2013 nahezu kontinuierlich gesunken. Das einigermaßen rasche Wachstum in den großen und kleinen Schwellenländern, das dort Mittelklassen expandieren lässt, geht zulasten von beherrschten Klassen in den alten Metropolen. Hauptgewinner der Globalisierung sind reiche Eliten, die noch immer überwiegend in den alten Zentren leben. 44 Prozent des Einkommenszuwachses, der zwischen 1988 und 2008 erzielt wurde, entfallen auf die reichsten 5 Prozent, nahezu ein Fünftel auf das reichste eine Prozent; die aufstrebenden Mittelklassen in den Schwellenländern verfügten lediglich über 2 bis 4 Prozent der absoluten Zuwächse (Milanovic 2016, 2017). Solche Daten verweisen auf einen Kausalmechanismus, den Thomas Piketty (2014) eindringlich beschrieben hat. Ohne Umverteilung zugunsten der Beherrschten übersteigt das Wachstum der Kapitalrendite ($r = \text{return}$) stets das der Wirtschaftsleistung ($g = \text{growth}$), es gilt $r > g$. Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt, wird zwar in der Tendenz auch die Vermögensrendite reduziert, das geschieht aber zeitverzögert. Bleiben gegensteuernde Umverteilungsmaßnahmen aus, forcieren niedrige Wachstumsraten die Vermögens- und Einkommensungleichheit zusätzlich.

Für die Verlierer, hauptsächlich die Industriearbeiterschaft der alten Zentren, entfällt damit zunehmend, was der Ex-Weltbanker Branko Milanovic etwas trickreich als „Ortsbonus“ der Vermögensverteilung bezeichnet. Das „Privileg“, in einem reichen Land geboren zu sein, schützt nicht mehr vor sozialem Abstieg. Statistisch drückt sich dies vorerst nur in einer geringfügigen Veränderung der Ortskomponente aus. Doch Milanovic ignoriert, dass die Ungleichheit zwar immer stärker inter- und transnational produziert, aber von den beherrschten Klassen vorwiegend innerhalb des nationalen Containers be- und verarbeitet wird. Vermögenskonzentration und Einkommensspreizung schränken Aufstiegsmöglichkeiten in den nationalen Gesellschaften ein und schwächen die Bereitschaft zu Bildungsin-

vestitionen in den Mittel- und Arbeiterklassen. All das erzeugt zusätzliche Wachstumsblockaden. Allein die Bundesrepublik hat die zunehmende Ungleichheit zwischen 1990 und 2010 etwa 6 Prozent Wirtschaftswachstum (jährlich zirka 160 Milliarden Euro) gekostet. Wir sehen uns mit einem Teufelskreis konfrontiert: Schwaches Wachstum verstärkt die Vermögens- und Einkommensungleichheit, diese Ungleichheit wirkt wiederum als Wachstumsbremse und so fort.

Ein Gegenargument könnte lauten, dass der Trend zu schwachem Wachstum nicht alle institutionellen Kapitalismen in gleichem Maße betrifft. In der Tat zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf die Lage in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) *zweitens* eine höchst ungleiche Entwicklung. So hat die durchschnittliche Wirtschaftsleistung aller Mitgliedsstaaten erst 2016 wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Deutschland ist trotz relativ flacher Raten Wachstumsmotor, trägt allerdings mit seinen auf Dauer gestellten Exportüberschüssen zu Ungleichgewichten in der Eurozone bei. Hingegen werden Krisenländer an der südeuropäischen Peripherie, selbst wenn sie, wie jüngst Spanien und Portugal, überdurchschnittlich und – was unwahrscheinlich ist – kontinuierlich wachsen, noch weit mehr als ein Jahrzehnt benötigen, um auch nur den Kriseneinbruch zu kompensieren. Würde die griechische Wirtschaft ab 2016 beim BIP jährlich 2,5 Prozent zulegen, wäre das Niveau von 2007 erst 2030 wieder erreicht. Schaut man auf Einkommen und Beschäftigung, sieht die Lage noch weitaus düsterer aus.

Die zunehmende Ungleichheit zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten ist im derzeitigen europäischen Konstitutionalismus strukturell angelegt. Ursprünglich als Antwort auf die deregulierende Tendenz der Globalisierung und als Versicherung gegen deutsches Vormachtstreben gedacht, ist die WWU mehr und mehr zu einem Deregulierungstreiber geworden. Mit ihrem hohen Verflechtungsniveau und einer noch embryonalen Zivilgesellschaft verkörpert sie eine Mischform, einen Hybrid aus Imperium und transnationalem Staat, in dessen Institutionen der Marktfundamentalismus fest verankert ist. Institutionelle Heterogenität der Mitgliedsstaaten macht sich daher weniger als Schutz vor, sondern primär als Variation von Krisenfolgen bemerkbar. Zugleich konterkariert das Austeritätsdiktat, dem die Krisenländer unterworfen sind, die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Das billige Geld kann nicht in die Produktionskreisläufe gelangen und dringend benötigte Infrastrukturinvestitionen stimulieren, weil die Nachfrage einschließlich des produktiven Staatskonsums durch die aufgezwungene Sparpolitik beeinträchtigt wird und Umverteilungsmechanismen (Steuerpolitik, organisierte Arbeitsbeziehungen, wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme) nicht mehr funktionieren. Deshalb kann die Wirtschaft in der Eurozone wachsen, ohne dass die Löhne und die Inflation anziehen. Die Ausdehnung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Schwächung gewerkschaftlicher Organisationsmacht hängen wie ein Bleigewicht an den Löhnen und ziehen selbst in den reichen Staaten die Lohnquote, den Anteil abhängig Beschäftigter am Volkseinkommen, nach unten. Niedrige Wachstumsraten wirken indes ähnlich wie Nullwachstum, denn eine Steigerung von Arbeitslosigkeit, Armut, Prekarität sowie wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit stellen sich – in etwas niedrigeren Dosierungen – auch bei geringem Wachstum ein (Priewe 2016: 104).

Anders als John Stuart Mill und später auch John Maynard Keynes prognostizierten, führen niedrige Wachstumsraten *drittens* keineswegs zu einer Abschwächung der „Gewinn-sucht“ kapitalistischer Eliten. Im Gegenteil, die – zwar expandierende, nichtsdestotrotz winzige – Gruppe superreicher Vermögensbesitzer lebt in einer eigenen Welt, in der die

Gesetze nationaler Gemeinwesen kaum noch Gültigkeit besitzen (Beispiel Offshore-Zentren). Der Zugang zu den exklusiven Orten und Immobilien, die für den Luxuskonsum unentbehrlich sind, setzt die Verfügung über Millionenbeträge voraus. Riesige Privatvermögen reizen die Geldeliten beständig zu Versuchen, „sich zu bereichern, indem sie politischen Einfluss ausüben, um ihren Anteil am vorhandenen Kuchen zu vergrößern, statt zur Wertschöpfung der Wirtschaft beizutragen und auf diese Weise den Gesamtkuchen zu mehren“ (Freeland 2013: 218). Der Geldadel schützt seine Privilegien und be- oder verhindert eine wirkungsvolle Regulation des Finanzsektors. Für diese Klassenfraktionen an der Spitze der sozialen Hierarchie ist der „Wahn der Bourgeoisie, dass Geld Geld zeugen kann“ (Arendt 2006: 312), zu sozialer Realität geworden. Die Anlage überschüssigen Geldkapitals im Finanzsektor und die Bereitschaft zu hochspekulativen Geschäften verstärken stagnative Tendenzen und konservieren ein internationales Finanzsystem, dessen fortlaufende Betriebsstörungen einen Krisenherd bilden, der jederzeit und in den unterschiedlichsten Regionen der Weltwirtschaft neue Eruptionen auslösen kann (Hudson 2016). Finanzkrisen wirken in der Regel als effiziente Umverteilungsmechanismen zugunsten privilegierter Klassen, und sie tragen dazu bei, dass neue Unterklassen, die selbst in reichen Wohlfahrtsstaaten mittlerweile zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung ausmachen können, nahezu vollständig aus geschützter Erwerbsarbeit und kollektiven Sicherungssystemen herausfallen. An beiden Enden der sozialen Hierarchie sind mit Finanzaristokratie und urbanen Unterklassen soziale Großgruppen entstanden, deren Lebensformen und soziale Lagen vom Wirtschaftswachstum nahezu vollständig entkoppelt sind.

Viertens stellt die Zunahme vertikaler, klassenspezifischer Ungleichheiten indes nur die eine Seite der Wachstumsmedaille dar. Denn unter den Bedingungen einer noch immer vorwiegend fossilistisch basierten Wirtschaftsweise läuft jede Vergrößerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf beschleunigten Energie- und Ressourcenverbrauch sowie auf die Zunahme klimaschädlicher Emissionen hinaus. Diesen Zusammenhang illustriert die Entwicklung von Wachstumsraten, klimaschädlichen Emissionen und Energieverbrauch während der großen Krise von 2007-09 auf eindringliche Weise. Seit der Jahrtausendwende waren die Krisenjahre zugleich die einzige Periode, während der Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch weltweit absolut zurückgingen. Dazu haben weder höhere Ressourceneffizienz noch beschleunigtes Umsteigen auf erneuerbare Energien entscheidend beigetragen. Ausschlaggebend waren das Minuswachstum und der weltweite Einbruch industrieller Produktion. Als die Konjunktur 2010 anzog, stiegen die Kohlestoffemissionen rasch wieder auf Rekordniveau und der Energieverbrauch nahm ebenfalls wieder zu. Peter Victor hat diesen Wirkungsmechanismus mit bitterer Ironie als *degrowth by disaster* bezeichnet.

Im Klartext heißt das: Wirtschaftswachstum auf fossilistischer Grundlage läuft im Erfolgsfall selbst bei niedrigen Wachstumsraten auf eine Expansion von Produktions- und Lebensweisen hinaus, die sich im globalen Maßstab nicht verallgemeinern lassen. Der ökologische Fußabdruck des Konsums vermittelt einen Eindruck von der Wucht dieser destruktiven Dynamik. Blicke es beim 2016 erreichten Status quo, würde die Menschheit 1,6 Erden benötigen, um sich auf dem gegebenen Niveau zu reproduzieren. Für Deutschland liegt der Vergleichswert bei 3,7, für die USA bei 4,8, im Falle von China bei 2,0 und in Indien beim Wert von 0,7 Planeten. Solche Daten illustrieren, dass die Ökobilanzen, insbesondere der reichen frühindustrialisierten Staaten, zunehmend aber auch der bevölkerungsreichen Schwellenländer, die ökologische Verwundbarkeit des großen Rests der Welt beständig vergrößern. Daraus resultiert das besondere Wachstumsdilemma der kapitalistischen Zent-

ren. Das seit der industriellen Revolution wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen, die Generierung von raschem, permanenten Wirtschaftswachstum, schlägt unter den gegebenen Bedingungen mehr und mehr in ökologische Zerstörung und sozial destruktives Wachstum um. Diese Konstellation bezeichne ich als ökonomisch-ökologische Doppel- oder Zangenkrise. Sie lässt vor allem den reichen Gesellschaften des globalen Nordens im Grunde nur zwei Optionen: „One is to make growth sustainable; the other is to make degrowth stable“ (Jackson 2009: 128).

2 Warum Klassen?

Doch gleich welche Option gewählt wird, sie läuft unweigerlich auf eine tiefgreifende ökonomische und gesellschaftliche Transformation hinaus. Diese Transformation folgt jedoch einem anderen Muster, als es Ulrich Beck (1986) in seiner „Risikogesellschaft“ gezeichnet hat. Becks Faustformel „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch“, hat sich so nicht bewährt. Stattdessen gilt: Soziales Elend und ökologische Belastungen sammeln sich bevorzugt unten und an der Peripherie. So produziert das wohlhabendste eine Prozent der Bevölkerungen Amerikas, Luxemburgs, Singapurs und Saudi-Arabiens jährlich 2000 Tonnen CO₂ pro Kopf und damit zweitausendmal mehr als die ärmsten Menschen in Honduras, Ruanda und Malawi. Schadstoffausstoß, Klimawandel und soziale Ungleichheit sind untrennbar miteinander verknüpft. Sie teilen Reiche und Arme, ohne dabei einer eindeutigen Nord-Süd-Demarkation zu folgen. Für den Ressourcenverbrauch gilt ähnliches. Der ökologische Fußabdruck eines Vermögenden aus dem obersten einen Prozent der Weltbevölkerung übertrifft den eines Angehörigen der ärmsten 10 Prozent um durchschnittlich das 175fache. Die Eindämmung des Klimawandels und die Abkehr von extensiver Ressourcenvernutzung werden ohne materielle Umverteilung nicht nur von den reichen zu den armen Ländern, sondern auch von den privilegierten Eliten zu den verwundbarsten Klassenfraktionen gerade innerhalb der reichen Nationalstaaten nicht zu realisieren sein. Industrielle und ökologische Achse sind zu einem sozial-ökologischen Gesellschaftskonflikt verschmolzen. Der ökologische ist auch sozialer Verteilungskonflikt, umgekehrt besitzen vertikale Verteilungskonflikte häufig eine ökologische Dimension. Weil das so ist, verstärkt die ökologische Konfliktachse Spannungen, die in den fragmentierten Klassengesellschaften des reichen Nordens ohnehin angelegt sind. Nehmen wir als Beispiel die Bundesrepublik, heute eines „der ungleichsten Länder in der industrialisierten Welt“ (Fratzscher 2016: 9, 43 ff.). Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien vier markante Entwicklungen hervorgehoben.

Im deutschen Jobwunderland ist (1) soziale Unsicherheit, die mit einer Zunahme ungeschützter, schlecht entlohnter, wenig anerkannter und deshalb prekärer Beschäftigungsverhältnisse verbunden ist, zu einer Dauererfahrung geworden. Trotz sinkender Arbeitslosigkeit und einer Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau liegt das Volumen bezahlter Erwerbsarbeitsstunden pro Lohnabhängigem noch immer unter dem Niveau von 1991. Leistete ein Erwerbstätiger 1991 noch durchschnittlich 1.554 Arbeitsstunden, so waren es 2014 nur noch 1.366 Stunden (2013: 1.362 Stunden). Das entspricht einem Rückgang von ca. 12 Prozent. Dies wäre eine Entwicklung hin zu mehr Lebensqualität, würde die Arbeitszeit annähernd gleich verteilt. Doch das ist nicht der Fall. Vielmehr erfolgt die Integration in den Arbeitsmarkt insbesondere, aber keineswegs ausschließlich für Frauen in Dienstleistungssegmenten bei stark polarisierten Arbeitszeiten. Man muss schon einen statistischen Effekt bemühen, die Vollzeitbeschäftigung bei 20 oder 30 Wochenstunden beginnen lassen und

den hohen Anteil der „Normalarbeitsverhältnisse“ (vier von zehn) im Niedriglohnsektor ignorieren, um den Trend hin zu einer *prekären Vollerwerbsgesellschaft* übersehen zu können. Offenkundig wird Erwerbslosigkeit mittels Ausdehnung unsicherer, unwürdiger Arbeit zum Verschwinden gebracht.

Diese Entwicklung verträgt sich noch gut mit Robert Castels Arbeitshypothese einer in drei Zonen gespaltenen Arbeitsgesellschaft. Für die (2) *wachsende Vermögens- und Einkommensungleichheit* gilt das nicht; sie verlangt nach einem anderen, eher klassenspezifischen Deutungsrahmen. Mit Castels Zonenmodell lässt sich nicht abbilden, dass das oberste Tausendstel der erwachsenen Gesamtbevölkerung in Deutschland über ca. 17 Prozent des Gesamtvermögens verfügt und die reichsten 10 Prozent einen Vermögensanteil von mehr als 64 Prozent (Bach/Thiemann/Zucco 2015) besitzen. Die Tatsache, dass die Hälfte der relativ vermögensarmen Lohnabhängigen heute weniger als noch vor 15 Jahren verdient und die Verluste der unteren vier Einkommensdezile überdurchschnittlich hoch sind (Fratzcher 2016: 64), weist ebenfalls über Castels Prekarisierungsthese hinaus, denn sie betrifft auch relativ gesicherte Lohnabhängige.

Gleiches gilt für eine Problematik, die zu den Kernthemen des SOFI zählt. Selbst Facharbeiter(innen) in halbwegs geschützter Beschäftigung betrachten sich (3) überwiegend als Objekt einer *marktgetriebenen Flexibilisierung*. Für sie ist die Festanstellung zu einer ständigen Bewährungsprobe geworden. Nur um den Preis des „sozialen Todes“ (Robert Castel) erscheint es ihnen möglich, sich dem Zwang zu permanenter Mobilität, zu ständiger Anpassung und Umschulung zu entziehen. Gefährdet ist nicht unbedingt der Job, wohl aber die halbwegs attraktive Tätigkeit, der Arbeitsplatz am Standort, im Stammbetrieb oder in der erwünschten Abteilung. Deshalb ist die Festanstellung selbst im prosperierenden Exportsektor häufig nur eine unter Vorbehalt. Auf Dauer gestellte Standortkonkurrenzen und Umstrukturierungen erfordern ein Höchstmaß an individueller Anpassungsbereitschaft. Oftmals gehen Veränderungen mit Leistungsintensivierung und körperlichen wie psychischen Belastungen einher, die in der medial inszenierten Job-Wunder-Welt selten öffentlich werden.

Alle genannten Ungleichheitserfahrungen betreffen, darauf haben kapitalismuskritische Feministinnen wie Silvia Federici (2015) hingewiesen, (4) grundsätzlich *zwei Produktionsweisen*, von denen die eine sich die andere unterordnet. Die dominante kapitalistische Produktionsweise, in der menschliche Arbeitskraft zur profitorientierten Herstellung von Gütern und Dienstleistungen angewendet wird, ist unauflöslich mit einer Produktionsweise verbunden, die der Herstellung von Arbeitskraft dient. In der Bundesrepublik beruht die Leistungsfähigkeit des Exportsektors auf einer besonders ausgeprägten Form der kollektiven Abwertung von bezahlten wie unbezahlten Sorgearbeiten (Dörre/Ehrlich/Haubner 2014, Aulenbacher et al. 2014). Die Bereitstellung von Sorgeleistungen als öffentliches Gut ist zusätzlich unter Druck geraten, weil es an staatlich finanzierter, zahlungsfähiger Nachfrage mangelt. Darauf reagiert Politik mit der Inszenierung von Quasi-Märkten, auf denen private und öffentliche Anbieter wesentlich über die Lohnkosten konkurrieren. Leistungsverdichtung, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Fachkräfteengpässe und Rückverlagerungen von Sorgeleistungen in die Privathaushalte sind die Folge.

3 Abgewertete Arbeiter(innen)?

Diese Entwicklungen treffen Produktionsarbeiter(innen) abhängig von ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Tatsächlich ist der statistisch ausgewiesene Arbeiterstatus heute eine sehr unscharfe Kategorie. Das alte Blaumann-Kriterium vorwiegend manueller, kontrollierter Arbeitstätigkeit trifft nur noch auf Minderheiten zu. So macht es einen großen Unterschied, ob man als Facharbeiter(in) in der ersten Welt intakter tariflicher Regulation oder als Leiharbeiter(in) und Niedriglöhner(in) in der zweiten Welt vornehmlich deregulierter Arbeitsverhältnisse tätig ist. Ungeachtet dieser Unterschiede bleibt als gemeinsames Empfinden, einer noch immer großen gesellschaftlichen Gruppe anzugehören, deren Leistungen gesellschaftlich nicht ausreichend anerkannt werden. Wie unsere soziologischen „Tiefenbohrungen“ ins Arbeiterbewusstsein zeigen², sind solche Empfindungen in ein Gesellschaftsbild eingelagert, das strikt zwischen oben und unten unterscheidet. Mit einem festen Job und einem halbwegs guten Einkommen glauben Arbeiter(innen) alles erreicht zu haben, was sie erreichen können. Man bezeichnet sich weder als arm noch als prekär und rechnet sich trotz bescheidenem Einkommen oftmals der mittleren Mittelschicht zu. Mittlere Mitte, das heißt auch: nach oben geht nicht mehr viel, ein Absturz nach unten ist hingegen jederzeit möglich. Denn – und das ist neu – in sozialer Nachbarschaft zum Arbeiter(innen)dasein lauern Armut, Ausgrenzung und Prekarität. Arbeiter(in), zumal einfache(r) Produktionsarbeiter(in) zu sein, paart sich in der Gegenwart mit dem Empfinden, in einer Gesellschaft mit dynamischen Arbeitsmärkten festzustecken. Man erlebt den Rückgang der Arbeitslosigkeit und glaubt dennoch nicht daran, dass sich das eigene Leben grundlegend bessert. Allerdings ist man nicht „ganz unten“. Man hat noch immer etwas zu verlieren und man kennt andere, denen es weitaus schlechter geht.

Dieses Grundbewusstsein, das wir unabhängig von der politischen Orientierung bei allen Befragten aus der Arbeiterschaft antreffen, zeugt von einer verdrängten Klassenproblematik. Trotz 40-Stunden-Woche und Doppelverdienst lebt man mit zwei Kindern und Löhnen um 1.600 Euro brutto in einem Knappheitsregime. Jede größere Anschaffung, jede Reparatur am Auto wird zum Problem. Urlaub ist kaum möglich, und selbst für den Restaurant-Besuch am Wochenende reicht das Geld in der Regel nicht. Angesichts dieses Knappheitsregimes, das man, sofern nicht selbst betroffen, aus der sozialen Nachbarschaft kennt, betrachten sich viele der befragten Arbeiter(innen) als unverschuldet anormal. „Jeder Deutsche hat ein Grundgehalt von 3.300 Euro im Durchschnitt. Dann frage ich mich, was bin ich dann? Bin ich kein Deutscher? Die normalen Dinge, die man sich als Ausgleich mal gönnt, das geht nicht“, erklärt ein gewerkschaftlich aktiver Produktionsarbeiter mit Sympathien für PEGIDA und die völkische Rechte im Interview. Wichtig ist die semantische Verschiebung. Das Deutschsein wird zur Chiffre, die den Anspruch auf einen „normalen“ Lohn, ein „normales Leben“ transportiert. Dieser Anspruch wird zu einem exklusiven, weil er Normalität nur für Deutsche einklagt. Arbeiter(innen), die so argumentieren, sind nicht allesamt gefestigte Rechtspopulisten oder Extremisten, wenngleich wir in den Betrieben vermehrt Aktivist(innen) treffen, deren Urteile bereits einer politischen Linie folgen. Befragte, die besser bezahlt werden und die gerade deshalb für eine exklusive Solidarität plädieren, welche sich nicht nur von „oben“, sondern auch gegenüber „anders“ und „un-

2 Ich beziehe mich auf laufende Forschungen u.a. zum Gesellschaftsbild des Prekariats, an dem neben dem Autor dieser Zeilen Sophie Bose, John Lütten und Jakob Köster beteiligt sind. Diese Forschungen erfolgen im Rahmen des Verbundes eLabour, der vom SOFI koordiniert wird.

ten“ abgrenzt, fühlen sich keineswegs abgehängt, und doch sind sie unzufrieden. Je geringer ihre Hoffnung ist, in den Verteilungskämpfen zwischen oben und unten erfolgreich zu sein, desto eher tendieren sie dazu, diesen Konflikt in eine Auseinandersetzung umzudeuten, die zwischen leistungsbereiten Inländern und vermeintlich leistungsunwilligen, kulturell nicht integrierbaren Eindringlingen ausgetragen wird. Auffällig ist, dass gewerkschaftliches Engagement für mehr Verteilungsgerechtigkeit und Plädoyers für Flüchtlingsabwehr nicht als Widerspruch, sondern als unterschiedliche Achsen ein und desselben Verteilungskonflikts (oben versus unten, innen versus außen) begriffen werden. Dabei neigen selbst aktive Gewerkschafter(innen) und Betriebsräte mitunter zu einer Radikalität, die vor allem hinsichtlich ihrer Gewaltakzeptanz (Gewalt gegen Geflüchtete als „Notwehr“) überrascht.

Befragten Arbeiter(innen) dient das Ressentiment gegen leistungsunwillige, nicht integrationsbereite Andere offenbar als wichtiges Mittel im Kampf um Stuserhalt. Die spontane Tendenz zu exklusiver Solidarität macht abhängig Beschäftigte und selbst Gewerkschaftsmitglieder für die Botschaften eines völkischen Populismus empfänglich, der *dēmos*, das Staatsvolk, durch *éthnos*, ein durch Geburt, Blutsbande und Tradition konstituiertes Volk von Eingeborenen ersetzt. Mit dem *éthnos* verfügt der rechte Populismus über einen ideologischen Kausalmechanismus, der biodeutsche Arbeiter(innen) als Teil des ethnischen Volkes symbolisch aufwertet, indem es andere, fremde Bevölkerungsgruppen und multiethnisch zusammengesetzte „gefährliche Klassen“ mit kollektiver Abwertung straft. Auf diese Weise wird der Volksbegriff zum Treibsatz einer rechtspopulistischen Revolte, die, weil sie den Reichtum der Privilegierten schützt und bestehende Klassenverhältnisse konserviert, eine fiktive und konformistische bleiben muss.

4 Welche Systemfrage?

Dass Ungleichheits- und Unsicherheitserfahrungen derzeit nur selten zum Katalysator für solidarisches Klassenhandeln werden und Arbeiter(innen) wie auch Gewerkschaftsmitglieder in überdurchschnittlichem Ausmaß für eine Partei stimmen, die in ihrer Programmatik noch immer marktradikal, in ihrer Wählerbasis interklassistisch zusammengesetzt und in ihrer Mitgliedschaft vom Kleinbürgertum dominiert wird, hat mehrere Ursachen. So sind Kausalmechanismen, die Ausbeuter und Ausgebeutete im globalen Finanzmarkt-Kapitalismus verbinden, derart komplex, dass sie im Betrieb nur schwer zu durchschauen sind. Von der betrieblichen Erfahrungswelt sind jene Entscheidungszentren, die Unsicherheit und Ungleichheit steigern, räumlich wie sozial weit entfernt. Das fördert simplifizierende Deutungen und verschwörungstheoretische Interpretationen. Zudem haben sozialstruktureller Wandel und die Prekarisierung der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse im Verbund mit einem harten Klassenkampf von oben die wichtigsten Kräfte einer politischen Ökonomie der Arbeitskraft – Gewerkschaften, sozialdemokratische, sozialistische und (euro-)kommunistische Parteien – soweit geschwächt oder zerstört und wohlfahrtsstaatliche Institutionen in ihrer marktbegrenzenden Wirkung derart zurückgestutzt, dass selbst systemstabilisierende Umverteilungsmaßnahmen nicht mehr funktionieren. Auch deshalb werden Mitte-Links-Parteien wie die deutsche Sozialdemokratie aus der Perspektive ehemaliger Arbeiter-Stammwähler eher als Verursacher des Problems, denn als Teil der Lösung betrachtet. Mit ihrer Hinwendung zu einem Dritten Weg à la Tony Blair und New Labour oder der Agenda-2010-Politik der deutschen Sozialdemokratie akzeptierten diese Parteien die marktgetriebene Globalisierung als einen Sachzwang, dem sie mittels Anpassung, durch Beschneidung oder Enteignung von kollektivem Sozialeigentum begegnen zu

können glaubten. Als Folge macht sich eine „Entproletarisierung“ (Rennwald 2015) der Mitte-Links-Parteien bemerkbar, die ihnen jegliches Gespür für Verwerfungen in den prekären und Arbeiterklassenlagen genommen hat.

Die Schwächung sämtlicher Spielarten sozialer Korrektive hat zur Herausbildung neuer Klassengesellschaften beigetragen, über deren Anatomie wir u.a. mangels geeigneter Forschungen gegenwärtig nur wenig wissen. Die Grundtendenz ist jedoch eindeutig. Trotz ihrer halbhegemonialen Position in Europa und trotz der längsten Prosperitätsphase seit dem Golden Age hat sich in der Bundesrepublik ein Postwachstumskapitalismus entwickelt, in welchem der Wohlstand nicht mehr für alle reicht. Gesellschaften dieses Typs laufen beständig Gefahr, jene Selbststabilisierungsmechanismen (Kreditsystem, Innovationen, Sozialintegration in wohlfahrtsstaatlich eingehegten Arbeits-Reproduktions-Netzwerken) zu destruieren, die für eine Entschärfung der Folgekosten kapitalistischer Expansion sorgen könnten. Klassenverhältnisse wirken jedoch auch dann, wenn es Bewegungen und politischen Organisationen nicht gelingt, Erfahrungen so zu bündeln, dass sie in kollektives Engagement zur Verbesserung der gemeinsamen Lebenssituation münden. Denn wenn man „Klassen‘ und Klassenverhältnisse einfach aus den Kategorien des Denkens und Begreifens und damit aus dem politischen Diskurs entfernt, verhindert man aber noch lange nicht, dass sich all jene kollektiv im Stich gelassen fühlen, die mit den Verhältnissen hinter diesen Wörtern objektiv zu tun haben“ (Eribon 2016: 122). Wenn intellektuelle Orientierungen fehlen, die mobilisierte Klassen hervorbringen könnten, dann wirken Klassenverhältnisse im Modus der Konkurrenz, infolge einer permanenten Scheidung der Gewinner von den Verlierern sowie mittels kollektiver Auf- und Abwertungen. Dabei spielt der Staat, der in modernen Kapitalismen direkt oder indirekt 40 bis 60 Prozent BIP verteilt, eine zentrale Rolle. Durch Zuweisung oder Beschneidung von Sozialeigentum – einem kollektiven Eigentum zur Existenzsicherung, das Lohnabhängige zu Sozialbürgern macht – nehmen Staatsaktivitäten erheblichen Einfluss auf die Klassenstrukturierung der Gesellschaft. Politische Grenzziehungen, die mit der Zuteilung von Sozialeigentum verbunden sind, bewirken Klassenbildung qua kollektiver Abwertung und Stigmatisierung sozialer Großgruppen. Aus stratifizierten werden demobilisierte Klassengesellschaften, in denen die völkische Rechte sich als authentisches Sprachrohr der Zukurzgekommenen erfolgreich gegen das Establishment positionieren kann.

Wer daran etwas ändern will, muss die eigentlichen, die systemischen Ursachen der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise und des in ihr aufscheinenden Wachstumsdilemmas thematisieren. Dabei kommt man nicht an einer Einsicht vorbei, die Hannah Arendt (2006) bereits in ihren „Ursprüngen totaler Herrschaft“ formuliert hat: Kapitalistische Eliten betrachten ihren Besitz als dynamisches Prinzip. Sie verzichten darauf, eigenen Reichtum ausschließlich zu konsumieren. Zu kapitalistischem Eigentum wird ihr Besitz nur, sofern er sich ständig vermehrt. Im Zuge seiner Kapitalisierung und seines Wachstums wird der Privatbesitz anonymisiert und zugleich vom unmittelbaren Konsum abgelöst. Es gehört jedoch zu den Paradoxien des dynamischen Prinzips, dass Zerstörung oder Verzehr „die radikalste und gesichertste Form des Besitzes“ bleiben, denn „nur, was ich besessen habe, ist wirklich für immer mein eigen“ (Arendt 2006: 328).

Privater Besitz, der nach mehr und ständig neuen Eigentumsrechten an zuvor ungenutztem Land strebt, stößt auf die Begrenztheit eben dieses Objekts, auf die Endlichkeit von Naturressourcen und auf die Begrenztheit menschlichen Lebens schlechthin. Entsprechende Limitierungen konterkarieren die Auffassung, der zufolge Besitz als basales Konsti-

tutionsprinzip des Zusammenlebens dienen kann, genauso wie die Begrenztheit des Erdballs die Legitimität des auf Besitz beruhenden Expansionismus widerlegt (ebd.: 329). Interessen, die an ein expansives, dynamisches Besitzprinzip gebunden sind, drücken sich „öffentlich als Machtpolitik aus“ (ebd.). Sie erschöpfen sich nicht in Marktexpansion und erweiterter Reproduktion des Kapitals, sondern tendieren, sofern von den Mächtigen als nötig empfunden, zu herrschaftlicher, gegebenenfalls zu gewaltsamer Durchsetzung. Das gilt gleichermaßen für Besitzinteressen, die statt an Kapitalkreisläufe an die Reproduktion bürokratischer Kontrollmacht gebunden sind. Nicht nur die Kapitalakkumulation, auch das unersättliche Streben nach immer größerer Machtfülle, wie es u.a. stalinistischen Systemen eigen ist, benötigt permanent neues Material. Wie die unendliche Kapitalakkumulation mündet auch dieses Streben, das Verfügungsrechte absichern will und ihm deshalb politisch beständig voranzueilen beabsichtigt, sofern nicht erfolgreich gegengesteuert wird unweigerlich in Konflikt und – keineswegs nur in Ausnahmefällen – in Terror und Krieg. Doch der letzte Sieger in diesem Kampf kann, wie Hannah Arendt in ironischer Anspielung an einen Satz von Sir Cecil Rhodes („I would annex the planets if I could.“) anmerkt, die Sterne nicht annekieren, es bleibt ihm nur, „sich selbst zu zerstören“ (ebd.: 286, 331).

Politische Stimmen, die den „Besitz als dynamisches Prinzip“ und gemeinsam mit ihm die Expansionsmechanismen moderner kapitalistischer Gesellschaften grundsätzlich in Frage stellen, sind derzeit schwach. Doch es gibt sie: „Im Kapitalismus über ihn hinaus – das ist, was heute vielerorts bereits passiert und was wir stärken wollen [...] Unsere Vision ist und bleibt diejenige einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie [...] Mehr Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen wird.... Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.“

Diese Sätze stammen, man staune, aus einem Positionspapier zur Wirtschaftsdemokratie der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das im Dezember 2016 beschlossen wurde. Dieses Programm ist auch deshalb bedeutsam, weil es sich der unsinnigen Frontstellung von Klassen- und Identitätspolitik verweigert. Es trägt einer Einsicht Rechnung, die der schwedische Sozialwissenschaftler Göran Therborn allgemeiner formuliert hat: Die größten Erfolge haben Bewegungen gegen sexistische und rassistische Diskriminierung immer dann erzielt, wenn auch der demokratische Klassenkampf zugunsten der Lohnabhängigen einigermaßen erfolgreich war. Die Revolte von 1968 entdeckte die gesellschaftlichen Klassen neu. Zugleich war sie aber eine kulturelle Rebellion für sexuelle Befreiung, Frauenemanzipation, Bürgerrechte und in ihrer Spätwirkung auch ein Aufstand zugunsten ökologischer Nachhaltigkeit.

Darf eine Soziologie mit kritischem Selbstverständnis weniger mutig sein als jene Schweizer Sozialdemokraten, die das zitierte Papier verfasst haben? Gewiss, Soziolog(in)en können die Welt nicht verändern. Doch jede Veränderung beginnt mit genauer Beschreibung und Analyse der sozialen Realität. Deshalb darf sich kritische Soziologie nicht in ihrer eigenen Blase bewegen. Sie muss in bester SOFI-Tradition und mit der Sonde empirischer Forschung ausgerüstet z.B. dorthin gehen, wo die Brutstätten der konformistischen Revolte sind. Wie das gehen kann, hat die Feministin Arlie Hochschild exemplarisch gezeigt. Sie hat dort gelebt und geforscht, wo die rechtspopulistische Tea-Party-Bewegung

eine ihrer Hochburgen hat, in Lake Charles, Louisiana. Bezeichnend ist, wie sie auf folgende Frage einer Interviewerin antwortet: „Gibt es Ihrer Meinung nach zu viele Menschen, die die Anliegen (und Stimmen) der Tea-Party-Anhänger und Trump-Wähler als sexistisch, rassistisch oder einfach nur als falsch abtun? Hochschild: Ja, und das ist ein sehr großer Fehler. Es ist schlichtweg falsch, die Hälfte der Bevölkerung abzuschreiben, und das dann auch noch als großen, progressiven Akt zu verkaufen. Empathie ist unentbehrlich, wenn man andere Lebensweisen verstehen und echte Missstände beheben will. Ich bin der Meinung, dass die „Progressiven“ in diesem Land viel zu wenig Empathie gezeigt haben. Dabei sollte das ihre Priorität sein. Es ist sehr kontraproduktiv, Menschen, deren Meinung man nicht teilt, einfach als Rassisten, Trottel oder Rednecks abzustempeln. Genau diese Beleidigungen, diese Arroganz, haben die Menschen, die ich in Louisiana kennen lernte, zur Weißglut getrieben“ (Hochschild 2017).

Wie Arlie Hochschild mit soziologischen Mitteln Unsichtbares oder Ungesehenes sichtbar zu machen und in die gesellschaftliche Debatte einzubringen, ist das, was kritische Soziologie heute zu leisten hat. Dazu regt der „Zeitenwende“-Text hoffentlich an. Wird unser Diskussionsangebot – gerne kritisch – angenommen, hätte es seinen Zweck erfüllt.

Literatur

- Arendt, Hannah (2006): Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. 11. Aufl. München: Piper.
- Bach, Stefan; Thiemann, Andreas; Zucco, Aline (2015): The Top Tail of the Wealth Distribution in Germany, France, Spain, and Greece. In: DIW Discussion Papers (2). Online verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.513261.de/dp1502.pdf (zuletzt abgerufen am: 13.12.2017).
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Credit Suisse Research Institute (2016): Global Wealth Report 2016. In: Credit Suisse. Online verfügbar unter: <https://www.credit-suisse.com/corporate/de/articles/news-and-expertise/the-global-wealth-report-2016-201611.html> (zuletzt abgerufen am: 13.12.2017).
- Dörre, Klaus; Ehrlich, Martin; Haubner, Tine (2014): Landnahmen im Feld der Sorgearbeit. In: Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf und Hildegard Theobald (Hg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: Work, Relations, Regimes. Soziale Welt, Sonderband 20. Baden-Baden: Nomos, S. 107-124.
- Dörre, Klaus; Goes, Thomas; Schmalz, Stefan; Thiel, Marcel (2017): Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West, 2. durchgesehene Auflage, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin: Suhrkamp.
- Federici, Silvia (2015), Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, 3. erweiterte Auflage, Wien: Mandelbaum.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/17. Online verfügbar unter: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-oder-das-ende-des-progressiven-neoliberalismus> (zuletzt abgerufen am: 13.12.2017).

- Fratzscher, Marcel (2016): Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird. München: Carl Hanser.
- Freeland, Chrystia (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite. Frankfurt am Main: Westend Verlag.
- Galbraith, James K. (2016): Wachstum neu denken. Was die Wirtschaft aus den Krisen lernen muss. Zürich: Rotpunkt Verlag.
- Habermas, Jürgen (2016): Für eine demokratische Polarisierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/16. Online verfügbar unter: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2016/november/fuer-eine-demokratische-polarisierung> (zuletzt abgerufen am: 13.12.2017).
- Hochschild, Arlie (2017): „Linke müssen erkennen, dass sie sich selbst ins Abseits gestellt haben“. In: Ruhrbarone, 12. Dezember 2017. Aus dem Englischen übersetzt von Maria May-böck. Dieser Artikel ist zuerst im britischen Novo-Partnermagazin Spiked erschienen.
- Hudson, Michael (2016): Der Sektor. Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Jackson, Timothy (2009): Prosperity without growth. Economics for a finite Planet. London: Earthscan.
- Luxemburg, Rosa (1975[1913]): Die Akkumulation des Kapitals. In: Gesammelte Werke Band 5. Berlin: Dietz, S. 5-412.
- Maddison, Angus (2006): The World Economy. A Millennial Perspective. Paris: OECD.
- Milanovic, Branko (2016): Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Berlin: Suhrkamp.
- Milanovic, Branko (2017): Haben und Nichthaben. Eine kurze Geschichte der Ungleichheit. Stuttgart: Theiss Verlag.
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-first Century. Cambridge, Mass.: Belknap Press of Harvard University Press.
- Priewe, Jan (2016), Stagnation, Nullwachstum, immerwährendes Wachstum – wohin driftet der entwickelte Kapitalismus? In: Harald Hagemann und Jürgen Kromphardt (Hg.): Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistische Volkswirtschaften. Marburg, S. 69-108.
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz (2016): Positionspapier SP Schweiz. Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen. Verabschiedet am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016, Bern.
- Rennwald, Line (2015): Partis socialistes et Classe ouvrière: Ruptures et continuités du lien électoral en Suisse, en Autriche, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en France (1970-2008), Neuchâtel: Editions Alphil.
- Schumann, Michael; Kronauer, Martin; Dörre Klaus; Detje, Richard (2017): Zeitenwende oder: Zeit für eine Wende der Linken. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/17, S. 97-103.
- Streeck, Wolfgang (2016): How Will Capitalism End? London: Verso.

Autoren(innen)verzeichnis

- Richard Detje:** VSA: Verlag Hamburg GmbH
- Prof. Dr. Klaus Dörre:** Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Prof. Dr. Karin Gottschall:** Universität Bremen
- Prof. Dr. Martin Kronauer:** Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
- Prof. Dr. Dieter Sauer:** Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V.
ISF München
- Prof. Dr. Michael Schumann:** Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität, Senior President
- Prof. Dr. Berthold Vogel:** Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität, Geschäftsführender Direktor

SOFI Arbeitspapiere / SOFI Working Papers

(Erscheinen seit 2007 | Published since 2007)

- 2007–02 Mayer-Ahuja, Nicole/Feuerstein, Patrick (2007): „IT-labour goes offshore: Regulating and managing attrition in Bangalore“
- 2008–03 Kretschmann, Claudia (2008): Studienstrukturreform an deutschen Hochschulen: Soziale Herkunft und Bildungsentscheidungen. Eine empirische Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess
- 2009–04 Kurz, Constanze/Wolf, Harald (2009): „Kleiner Grenzverkehr: BiowissenschaftlerInnen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft
- 2009–05 Kädtler, Jürgen (2009): Finanzialisierung und Finanzmarktrationalität. Zur Bedeutung konventioneller Handlungsorientierungen im gegenwärtigen Kapitalismus
- 2011–06 Mayer-Ahuja, Nicole (2010): Jenseits der „neuen Unübersichtlichkeit“. Annäherung an Konturen der gegenwärtigen Arbeitswelt
- 2012–07 Voskamp, Ulrich/Wittke, Volker (2012): Globale Qualitätsproduktion. Eine Studie zu neuen Strategien transnationaler Produktion bei Zuliefern der Automobilindustrie und im Maschinenbau
- 2012–08 Kalkowski, Peter/Paul, Gerd (2012): Professionalisierungstendenzen im Wellness-Bereich?
- 2012–09 Wittke, Volker/Heidenreich, Martin/Mattes, Jannika/Hanekop, Heidemarie/Feuerstein, Patrick/Jackwerth, Thomas (/2012): Kollaborative Innovationen. Die innerbetriebliche Nutzung externer Wissensbestände in vernetzten Entwicklungsprozessen
- 2014–10 Peter Bartelheimer/Bettina Kohlrausch/René Lehweß-Litzmann/Janina Söhn (2014): Teilhabebarrrieren: Vielfalt und Ungleichheit in segmentierten Bildungs- und Beschäftigungssystemen
- 2017–11 Peter Kalkowski (2017): Das Verhältnis von formaler und informaler Strukturierung bei kooperativer Produktentwicklung – Sechs Fallstudien im Vergleich

SOFI Arbeitspapiere / SOFI Working Papers
finden Sie online unter | are available online:
www.sofi.uni-goettingen.de
